SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Nr. 230 SOMMER 2026 1 €

NATO-Aufrüstung & Deindustrialisierung

Imago/Abacapress

Imago/Breuel-Bild

Wie bauen wir eine linke Arbeiteropposition auf?

Nachfolgend drucken wir das Spartakist-*Extrablatt vom Mai 2026 ab. Mehrere hundert Exemplare wurden davon am 1. Mai in Berlin, Hamburg und Wien an Arbeiter und Linke verteilt.*

Venezuela, Kuba und seit fast zwei Monaten die Terrorbombardierung und Blockade des Iran: Trump an der Spitze des US-Imperialismus ist in der Offensive und kämpft mit nackter militärischer Gewalt darum, die USA als Nr. 1 in der Welt zu behaupten. Um sich ihrem Abstieg entgegenzustemmen, haben die USA die Samthandschuhe von Völkerrecht und Menschenrechtsgerede der letzten Jahrzehnte abgestreift und schlagen jetzt wild um sich und erpressen unterdrückte Länder, wenn sie die nicht direkt militärisch angreifen.

Gleichzeitig setzen die USA auch die schwächeren imperialistischen Mächte wie Deutschland oder Japan unter Druck, fordern immer größere wirtschaftliche Opfer (Trump-Zölle und Wirtschaftskrieg gegen die Volksrepublik China) und massive Aufrüstung im Rahmen der NATO (5-Prozent-Ziel!): alles, um die Position der USA zu stützen. Die NATO ist seit dem Zweiten Weltkrieg das US-geführte Militärbündnis der westlichen Imperialisten. Gegründet mit dem Ziel, die Sowjetunion niederzuringen, existiert es weiter, um die Vorherrschaft der USA aufrechtzuerhalten und schwächere Länder und die internationale Arbeiterklasse auszubeuten. Hierzulande wird die NATO insbesondere von der SPD oft als Verteidigungsbündnis oder zur Absicherung von Frieden hochgehalten, auch weil es bis vor kurzem eine relativ stabile Periode in Europa gegeben hat. Aber es ist genau diese vorherige Periode, in der sich die NATO u.a. bis an die Grenzen Russlands ausweitete und die nun zwangsläufig in eine Zeit von Krieg und Krisen führt. So ist es die von den deutschen Kapitalisten mitgetragene NATO, die die Aufrüstung vorantreibt und Kern dieser Ordnung ist, die immer weitere Katastrophen vorbereitet.

Auch wenn Merz und Klingbeil ab und zu kritische Töne gegen Trump spucken – die deutschen Kapitalisten werden sich dem Kurs der USA ***fügen müssen***, weil sie nur als Juniorpartner und Helfershelfer der USA ihre exorbitanten Profite und Position sichern können. Deshalb hat die deutsche Bourgeoisie selbst ein Interesse daran, das brutale US-Weltsystem zu erhalten und in der NATO-Allianz zu bleiben. Und so akzeptiert sie auch, dass in Ramstein die größte US-Luftwaffenbasis außerhalb Amerikas betrieben

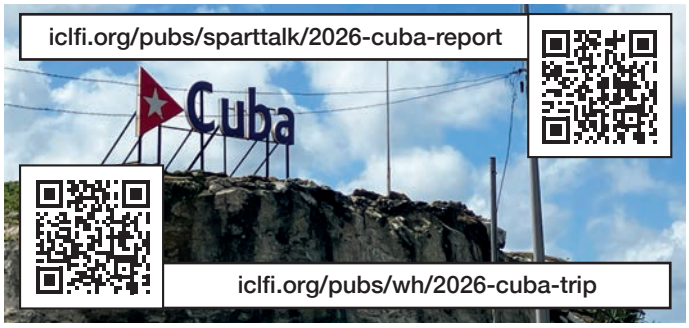
Fortgesetzt auf Seite 22

Kuba: Brecht die Blockade!
Spendenaktion erfolgreich!

Trump verschärft das Embargo gegen Kuba, Nahrungsmittelknappheit, Stromausfälle und ein Zusammenbruch der sozialen Versorgung sind die Folge, die Kubanische Revolution ist in akuter Gefahr. Jetzt hat Trump einen Flugzeugträger in die Nähe Kubas beordert. Um diesem Ansturm standzuhalten, braucht das Land massive materielle Hilfe, sofort! Unsere internationale Spendenkampagne, die im Februar gestartet wurde, mobilisierte mit dem Verständnis der dringenden Notwendigkeit von Solidarität, die über bloße Unterstützungsbekundungen auf dem Papier hinausgeht, und hat über ***19000 £*** [knapp 22000 Euro] gesammelt. Spenden strömten herein von Unterstützern und Sympathisanten aus den USA, Mexiko, Deutschland, Frankreich, Australien und darüber hinaus. Wir danken allen, die gespendet haben, damit wir unser Ziel erreichen konnten.

Wir freuen wir uns, dass PDC-Vertreter sich am 21. März in Havanna dem „Nuestra América"-Konvoi nach Kuba anschlossen, um dem kubanischen Volk dringend benötigte materielle Hilfe zu bringen [siehe „Report from PDC trip to Cuba", 3. Mai 2026 und „Communists bring aid to Cuba!", *SpartTalk,* 21. April 2026]. Darüber hinaus geben wir Gelder an Organisationen, die aktiv Hilfe nach Kuba schicken. Dazu gehört „Cuba Vive", eine in Britannien ansässige Organisation, die vor zwei Jahren von der Gewerkschaft Unison North West und der Cuba Solidarity Campaign ins Leben gerufen wurde. Sie schickt wichtige medizinische Hilfsgüter wie Rollstühle, Bluttransfusionssets und pädiatrische Katheter sowie Lebensmittel. In Deutschland haben wir Geld an den DKP-Parteivorstand für ihre Spendensammlung überwiesen. Eine andere Organisation ist „Let Cuba Live!", eine in den USA ansässige Kampagne, die von der Party for Socialism and Liberation initiiert wurde und Geld sammelt, um Solarpanele und Generatoren an kubanische Krankenhäuser zu schicken. ***Verteidigt Kuba gegen den US-Imperialismus!***

Weitere Informationen findest du: „Das PDC bringt dringende Hilfe nach Kuba!", *Kampagne des Partisan Defense Committee/Britain, Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV), 18. März 2026, siehe:*



INHALT

IRANKRIEG

Interimperialistische Analyse 3
Unterschätzt die USA nicht 8
Zum Tod von Chamenei 11

DEUTSCHLAND

NATO & Deindustrialisierung stoppen! .. 1
AfD-Debatte mit GAM und MLPD 5
Kampf gegen Wehrpflicht 7

VERTEIDUNGSARBEIT

Kuba: Spendenerfolg! 2
Freiheit für Ehsan Ali! 23

GEWERKSCHAFTEN

Ver.di/GEW: gemeinsam streiken! 13
Autoarbeiter:
Job-Massaker muss aufhören! 14
Leiharbeiter? Direkt, unbefristet 16
Für eine starke IG Metall bei Tesla 17
Hafenarbeiter:
Verteidigt den GHB Land Bremen 18
Tarifforderung: Erhalt des GHB! 19

DIE LINKE

Antwort an LAG-Palästina HH 20

LGBTQ+-BEWEGUNG

Linkspartei verrät die LGBTQ+-Bewegung 28

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 2 35 55,
10127 Berlin, E-Mail: spartakist@online.de | Tel.: (0 30) 4 43 94 00
Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel und Briefe entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 13353 Berlin
Gedruckt in einem tarifgebundenen Betrieb
Druck: Drucktechnik Bisping & Odenthal GmbH, Hamburg
ISSN 0173-7430
Redaktionsschluss dieser Ausgabe, Nr. 230: 10. Juni 2026

Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Aubel (Berlin), Geschäftsführer, 33%; Jill Vyse (Berlin), Journalistin, 33%; Günter Weinreich (Hamburg), Geschäftsführer, 33%.

U.S. Navy/people.cn

Der Irrglaube der interimperialistischen Analyse

Folgendes ist ein Beitrag der IKL zu dem im Mai stattgefundenen Treffen der Internationalistischen Kräfte.

Seit Trump wieder im Amt ist, hat er Zölle gegen den größten Teil der Welt verhängt, den Iran bombardiert, Nigeria bombardiert, den Völkermord in Gaza unterstützt, den Präsidenten Venezuelas entführt, Mexiko, Grönland und Kolumbien bedroht (um nur diese zu nennen) und hungert Kuba buchstäblich aus. Während wir dies schreiben, bombardieren die USA und Israel den Iran, ein größerer Krieg droht. Und dann ist da China, das sich auf den Verkauf billiger Elektroautos und Solarzellen konzentriert.

Sieht so eine Periode zunehmender interimperialistischer Rivalitäten aus? Die eine Seite in der Offensive, während die andere kaum etwas unternimmt, um darauf zu reagieren? Wenn China die Vorherrschaft der USA herausfordert, warum nutzt es dann nicht seine enorme Militärmacht, um seine Verbündeten ernsthaft zu schützen? Warum setzt es seine Wirtschaftskraft kaum gegen die USA ein?

Die Antwort ist einfach: ***China strebt nicht nach der Weltherrschaft***, und die Weltlage wird nicht durch interimperialistische Rivalitäten bestimmt. Vielmehr wird sie weiterhin durch die unberechenbaren und aggressiven Versuche der USA geprägt, ihr globales Imperium aufrechtzuerhalten.

Was will Trump?

Es wurde viel über die Nationale Sicherheitsstrategie der Trump-Regierung gesprochen und darüber, wie sie angeblich beweist, dass die USA nicht mehr die bestimmende Weltmacht sind. Sicher, in dem Dokument heißt es, dass die USA sich nicht mehr in jeder Ecke der Welt einmischen werden. Aber das ist nur Ausdruck davon, dass die Ressourcen besser darauf konzentriert werden sollen, wichtige Konkurrenten zu stoppen.

Trumps „Donroe"-Doktrin beschränkt die Macht der USA nicht auf die westliche Hemisphäre. Ihr Vorschlag ist, sich auf Lateinamerika zu konzentrieren, da hier eine Schwachstelle in Chinas wachsendem Einflussbereich gesehen wird. Gleichzeitig strebt sie einen von Israel dominierten Nahen Osten, eine politische Neuausrichtung in Europa nach den Vorstellungen der amerikanischen Rechten (keinen Bruch mit dem transatlantischen Bündnis!) und die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft der USA im Pazifik an. Das ist kaum eine isolationistische Politik.

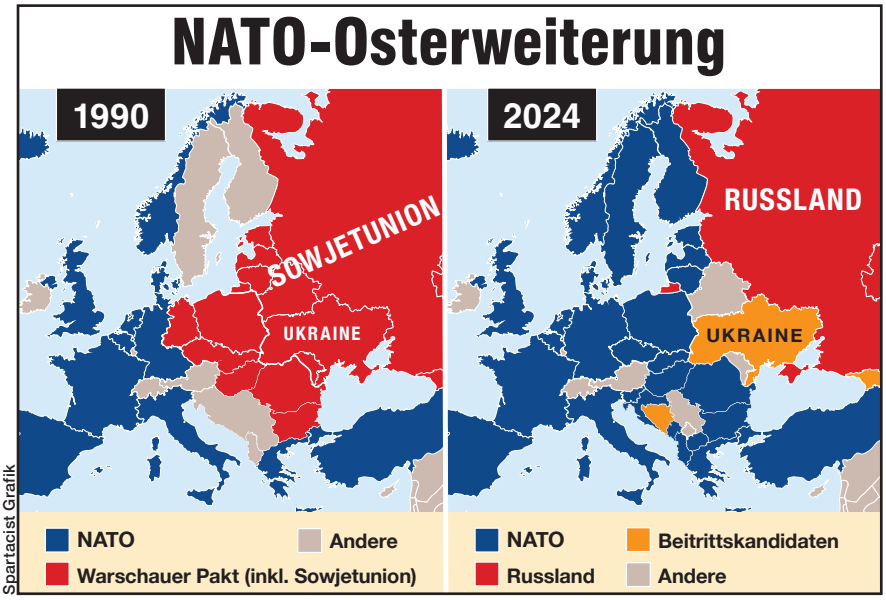
Trump macht keinen Hehl daraus, dass seine aggressive Außenpolitik darauf abzielt, ***die Macht der USA zu stärken und den Niedergang der USA umzukehren.*** Abgesehen vielleicht von Teilen Afrikas und der Ostukraine gibt es keinen Bereich der Welt, in dem die USA bereit sind, sich zurückzuziehen, sodass andere Mächte übernehmen können. Wenn Trumps Außenpolitik eines beweist, dann dass die USA ihr globales Imperium nicht ohne einen fanatischen Kampf aufgeben werden, der unvorstellbare Verwüstungen mit sich bringt.

Friedlicher Imperialismus?

Es besteht kein Zweifel daran, dass China weltweit enorme wirtschaftliche Interessen hat. Es besteht auch kein Zweifel daran, dass Chinas Außen- und Wirtschaftspolitik von den Interessen chinesischer Kapitalisten und der Bürokraten der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) geleitet wird. Aber diese Faktoren allein machen China nicht zu einer imperialistischen Macht. Kein Imperium in der Weltgeschichte existierte allein auf der Grundlage wirtschaftlicher Stärke. Der Imperialismus braucht militärische Gewalt wie das Feuer die Luft.

Aber seit 1979 hat China keinen Krieg mehr geführt! Wir sollen glauben, dass China nach 1992 zu einer imperialistischen Weltmacht geworden ist, ohne einen einzigen Schuss abzugeben. Wie ist das möglich? Ist der Imperialismus pazifistisch geworden? Oder irren sich vielleicht die marxistischen Theoretiker vom „chinesischen Imperialismus"? Die Frage zu stellen heißt, sie zu beantworten.

Wäre China imperialistisch, würde es sicherlich sein Militär einsetzen, um seine Interessen im Ausland zu verteidigen, wie es jede andere imperialistische Macht seit jeher getan hat. Doch es tat nichts, als Venezuela, Chinas engster Partner in Lateinamerika, dem es 100 Milliarden Dollar



geliehen hat, von den USA angegriffen wurde. Es unternahm auch nichts, als der Iran, ein BRICS+-Partner und wichtiger Öl-Lieferant, im 12-tägigen Krieg angegriffen wurde. Was ist mit Pakistan? Was hat China unternommen, als die USA die Absetzung von Präsident Imran Khan zugunsten eines amerikanischen Handlangers orchestriert haben? Nichts. Und trotz der wachsenden Zahl von Ländern, die ihre Schulden nicht mehr bedienen können, gibt es keine Anzeichen dafür, dass Chinas Militär oder Geheimdienste eingesetzt werden, um diese Schulden einzutreiben.

Warum zeigt eine „imperialistische Macht“ eine so extreme Zurückhaltung, Gewalt anzuwenden, um ihre wirtschaftlichen Interessen im Ausland zu verteidigen? Wie erklären dies die Marxisten, die China als imperialistisch betrachten? Ganz einfach: Sie ignorieren die Frage.

Der Fall Taiwan

Es stimmt, dass die KPCh im Falle Taiwans tatsächlich mit einer Intervention droht. Dies hat jedoch nichts mit dem klassischen Modell von kolonialem Expansionismus zu tun. Vergesst nicht, dass Taiwans offizieller Name nach wie vor ***Republik China*** lautet. Dieser Name wurde nicht von Beijing aufgezwungen, sondern vom Gründervater des modernen Taiwan und Schlächter des Proletariats von Shanghai, General Chiang Kai-shek, gewählt. Taiwan existiert nur deshalb als eigenständiger Staat, weil es 1949 die letzte Zuflucht der konterrevolutionären Kräfte der Guomindang war und weil es den USA als antikommunistische Bastion nützt.

Es stimmt, dass die Mehrheit der Bevölkerung Taiwans heute nicht Teil der Volksrepublik China (VR China) werden möchte – vor allem aufgrund der reaktionären Herrschaft der KPCh-Bürokratie. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass der Konflikt zwischen Taiwan und der VR China ein ***unvollendeter Bürgerkrieg*** ist, der nicht von imperialistischen Wirtschaftsinteressen getrieben wird. Der Beweis dafür ist, dass sich an der Politik der KPCh gegenüber Taiwan seit der Zeit, als es auf dem chinesischen Festland noch überhaupt keine Kapitalisten gab, bis heute nichts Grundlegendes geändert hat. Das Problem der Politik der KPCh ist nicht, dass sie die Wiedervereinigung anstrebt. Das Problem ist, dass sie dies mit bürokratischen Mitteln tut, die die Kapitalisten beschwichtigen und die Arbeiter Taiwans entfremden.

Wo ist das chinesische Imperium?

Wir sagen nicht, dass die KPCh niemals Gewalt anwenden würde, um ihre Interessen zu verteidigen – sie tut dies zweifellos, um ihre Bevölkerung zu unterdrücken und philippinische Fischer einzuschüchtern. Wir argumentieren, dass es ***kein chinesisches Imperium gibt***. Die VR China hat keine wirklichen Vasallen und keinen wirklichen Einflussbereich außerhalb ihrer Grenzen und einiger weniger Felsen im Meer.

Darüber hinaus lassen sich die Handlungen der KPCh-Bürokratie nicht durch das Prisma einer aggressiv expandierenden imperialistischen Bourgeoisie erklären. Vielmehr müssen sie als Ausdruck einer stalinistischen Bürokratie verstanden werden, die eine friedliche Koexistenz mit dem Imperialismus anstrebt, um einen „Sozialismus chinesischer Prägung“ aufzubauen. Das vorrangige Ziel der Wirtschafts-, Außen- und Militärpolitik Chinas ist es, sicherzustellen, dass das Land nie wieder der Gnade des ausländischen Imperialismus ausgeliefert ist.

Es ist offensichtlich, dass China sich nicht wie Deutschland, Japan oder die USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts verhält, als diese um ihren Platz an der Sonne wetteiferten. Aber so weit müssen wir gar nicht zurückgehen. Schaut nur das letzte Jahr an! Es ist absurd zu behaupten, dass die USA und China auf der Weltbühne die gleiche grundlegende Rolle spielen. Abgesehen von einem offensichtlichen analytischen Fehler stellt die Gleichsetzung der beiden Länder eine echte Kapitulation vor der Propaganda des westlichen und japanischen Imperialismus dar.

Russischer Expansionismus?

Während China zögert, militärische Gewalt anzuwenden, kann man das von Russland nicht behaupten. In Georgien, Syrien und der Ukraine hat Russland seine Streitkräfte über die eigenen Grenzen hinaus eingesetzt, um die Interessen seiner herrschenden Klasse zu verteidigen. Allerdings spielt Russland keine bedeutende Rolle bei der weltweiten Abschöpfung von Mehrwert. Das wichtige politische Gewicht Russlands in der Welt beruht hauptsächlich auf seiner militärischen Stärke und seinem Widerstand gegen den Expansionismus der USA.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind es die USA und ihre Verbündeten, die in Osteuropa expandieren und die NATO bis direkt an die Grenze Russlands ausweiten. Niemand kann dies leugnen. Der Ukraine-Konflikt begann, weil die EU und die NATO versuchten, den russischen Einfluss aus der Ukraine zu verdrängen. Dies rechtfertigt nicht Russlands Invasion. Aber es zeigt, dass es falsch ist, den Konflikt einfach als Ergebnis von russischem Expansionismus zu betrachten. Die USA expandierten nach Osten, bis sie sich übernommen hatten. Dies ist die grundlegende Ursache für den Krieg zwischen Russland und der Ukraine.

Die westliche Propaganda über den „russischen Imperialismus“ blendet jedoch viele Linke gegenüber den Realitäten dieses Konflikts. Der Krieg in der Ukraine ist ***kein*** gerechter nationaler Befreiungskrieg. Die ukrainischen Streitkräfte werden direkt von der NATO kontrolliert und sind westlichen Interessen untergeordnet. Darüber hinaus hat die nationale Dimension des Konflikts jedoch ***zwei Seiten***. Ja, wenn Russland gewinnt, bedeutet das nationale Unterdrückung für die Ukrainer. Aber wenn die Ukraine gewinnt, sind es Millionen Russen, die auf der Krim, in der Ostukraine und darüber hinaus leben, die national unterdrückt werden. Keines der beiden Ergebnisse bringt die Arbeiterklasse voran.

Nochmal, es ist völlig falsch, die USA und Russland hinsichtlich ihrer Rolle in der Weltpolitik auf eine Stufe zu

Fortgesetzt auf Seite 21

Wie gewinnen wir die Arbeiter und Arbeiterinnen zurück von der AfD?

Debatte zwischen GAM-MLPD-SpAD

Nachfolgend drucken wir die Rede des Genossen Clyde ab, die er als Redner der SpAD bei der Debatte zwischen GAM, MLPD, SpAD am 31. Januar 2026 in Berlin hielt. Die vollständige Debatte einschließlich der Reden von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, MLPD, und Gruppe ArbeiterInnenmacht, GAM, sowie der Diskussion steht im Internet unter iclfi.org/pubs/spk/2026-gam-mlpd-debatte zur Verfügung.

Liebe Genossen der MLPD und GAM. Ob in den USA, Japan oder Europa: Überall ist die Rechte im Aufwind, und die Linke geht, gerade unter Arbeitern, in Richtung Bedeutungslosigkeit. Die rechtspopulistische AfD ist hier die stärkste Partei unter Arbeitern. ***Das muss ein Weckruf sein!*** Wir Spartakisten denken, wir müssen kämpfen für: ***den Aufbau einer anti-imperialistischen Opposition in allen Arbeiterorganisationen, gegen die Führungen von SPD, Linkspartei und Gewerkschaften.***

Die Welt ändert sich dramatisch, jetzt mit Trump im Weißen Haus. In den letzten Jahrzehnten haben die USA und die deutschen Imperialisten ihre Interessen, die Unterjochung der Welt mit Globalisierung, unter dem Deckmantel von Freihandel, offenen Grenzen und „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ vorangebracht. Diese Ideologie – der ***Liberalismus*** – war für lange Jahre Ausdruck der Interessen des US-Imperialismus und seines deutschen Juniors. Die Führungen von SPD, Linkspartei und Gewerkschaften haben diese Ideologie voll mit vertreten und den Arbeitern diese Ordnung als fortschrittlich angepriesen – während die Lebensbedingungen der Arbeiter zugrunde gerichtet wurden mit Deindustrialisierung und massiver Leiharbeit.

Die USA sind jetzt dabei, diese liberale Weltordnung zu beseitigen. Weil sie, um Weltmacht Nr. 1 zu bleiben, härtere Bandagen anziehen müssen, wenden sich die USA, und die anderen viel schwächeren Imperialisten notgedrungen auch, immer mehr von diesem heuchlerischen Liberalismus ab. Die entscheidende Frage ist: Bleiben es weiterhin nur die Rechten, die in Opposition stehen? Oder kann die Linke und Arbeiterbewegung eine wirkliche Kraft werden?

Für über 30 Jahre war die Linke nicht in der Lage, eine Alternative aufzubauen, weil sie sich als linkester und radikalster Vertreter dieses Liberalismus positioniert hatte, und nicht als eine Kraft ***dagegen***. Das kam scharf zum Ausdruck in der Pandemie oder dem Ukrainekrieg. Das Schlimmste jetzt für die Linke wäre, sich weiterhin an diese Ordnung zu klammern, die die Herrscher gerade beseitigen. Aber genau das tut im Moment noch die riesige Mehrheit der Linken.

Wir stehen jetzt vor noch größeren Angriffen. Warum setzen die Arbeiter nicht auf SPD, Linkspartei und Gewerkschaften, um sich zu verteidigen? Ganz einfach: weil Arbeiter die SPD und Linkspartei ***nicht*** als Kämpfer für ihre Interessen, sondern ganz richtig als Teil des Problems und Unterstützer einer arbeiterfeindlichen Politik verstehen.

Das Problem sind die ***Führungen von SPD, Linkspartei und Gewerkschaften***. Sie haben oft wie die SPD in der Regierung die Angriffe direkt mitorganisiert, die Linkspartei das dann auf Länderebene und die Gewerkschaftsführer in den Betrieben durchgewinkt. All dies taten sie im Namen von Gesundheit, Rettung des Planeten oder Antifaschismus. Wir sehen aktuell dieses ganze Modell auf die Spitze getrieben. Die SPD regiert mit Merz, um die AfD aus der Regierung zu halten. Die Linkspartei wiederum hilft Merz & Klingbeil, wenn sie gebraucht wird, weil, man müsse ja gemeinsam gegen die AfD stehen. Und das Resultat? Die Parteien der Arbeiterbewegung stehen als Repräsentanten des Systems da, und die AfD als einzige Opposition! Das ist die Logik der „Brandmauer“. Deshalb sehen viele Arbeiter die AfD als einzige Alternative zum unerträglichen Status quo.

Es war dieser liberale Block – auch genannt „Brandmauer“ – der jeden Kritiker automatisch als rassistisch, reaktionär und Schwurbler gebrandmarkt hat, dem sich der Großteil der Linken, wenn auch kritisch, angeschlossen hat. Die Arbeiter haben immer mehr, und vollkommen richtigerweise, die Nase voll von arrogant-grünen Kleinbürgern oder Kapitalisten, die ihnen Moralpredigten halten und dabei ihr Leben ruinieren. Da die sozialistische Linke zum großen Teil weiter an Kernpunkten der liberalen Ideologie festhält, isoliert sie sich immer mehr von den Arbeitern.

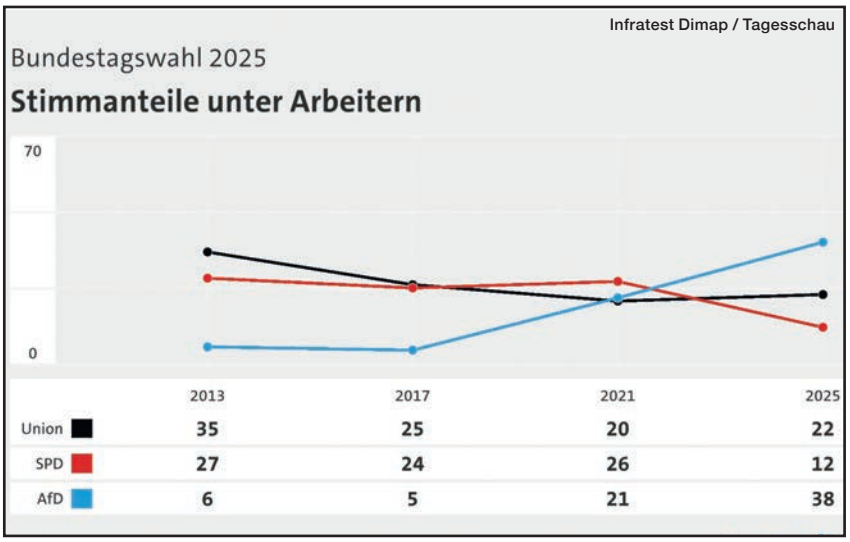
Wir müssen diese Situation durchbrechen und einen politischen Kampf gegen die jetzige Führung der Arbeiterklasse organisieren, die immer mehr Leute nach rechts treibt. Es ist vollkommen kontraproduktiv, den Arbeitern moralistisch zu sagen, wie rassistisch die AfD ist, oder Demos wie in Gießen zu organisieren und zu versuchen, zusammen mit SPD und Linkpartei-Größen die AfD niederzuschreien.

Nein, wir müssen die AfD politisch besiegen – dafür ist es notwendig, einen Kampf zu organisieren ***gegen*** die liberale Ideologie von „alle zusammen gegen Rassismus und Faschismus“, die benutzt wird, um die Arbeiter niederzuhalten.

Das ist der Kernunterschied von uns Spartakisten und der MLPD & GAM. Natürlich machen die Genossen gute Arbeit, in Solidarität mit kämpfenden Arbeitern oder dem palästinensischen Volk. Aber, in entscheidenden Punkten steht das Programm und die Praxis der Genossen von MLPD und GAM genau diesem Kampf entgegen, insbesondere durch das Festhalten an zentralen Punkten der liberalen Politik von SPD und LP.

Kampf für Arbeiteropposition heißt Bruch von liberaler Einheit mit SPD & Linkspartei

Der Antritt der MLPD zur letzten Bundestagswahl war eine wichtige Chance, den Aufbau einer sozialistischen Arbeiteropposition voranzutreiben. Gleichzeitig zeigt die Wahlkampagne – besser als allgemeine Diskussionen über



Programme und Prinzipien – konkret die Probleme in der Politik der MLPD und der GAM.

Mit ganzer Kraft haben wir Spartakisten den Wahlkampf der MLPD unterstützt und wir hatten auch einen Kandidaten auf der Internationalistischen Liste. Es zeigt die Stärken der MLPD, als deutschlandweite kommunistische Organisation gegen die NATO und für die Arbeiter, gegen den Kurs von SPD und Linkspartei anzutreten. Gerade unter Arbeitergenossen war das bestimmt sehr beliebt: Endlich bauen wir eine Alternative auf!

Aber, als dann im Wahlkampf Heidi Reichinnek und die Linkspartei-Führung den Kampf für die Brandmauer, für „offene Grenzen“ gegen Rassismus, als angeblichen Schutzwall gegen die AfD ausrief, waren die Genossen der GAM und der MLPD vollkommen entwaffnet. Die MLPD hat leider den Aufruf von Reichinnek aufgenommen und selbst zur Stärkung der Brandmauer aufgerufen, was viele Arbeiter in der Sichtweise bestärken muss, die Linken sind einfach Anhängsel der Regierungspolitik.

Gegen die drohende Zusammenarbeit der CDU mit der AfD hat die MLPD dann sogar den Einzug der Linkspartei in den Bundestag unterstützt! Wie die Forderung der MLPD für ein Verbot der AfD bedeutet diese Politik die Einheit mit den Kräften, die verantwortlich sind für das Wachstum der AfD. Diese Politik der MLPD hat so in der Tat die eigene Wahlkampagne und den Aufbau einer unabhängigen Arbeiteropposition untergraben.

Das Problem der Politik der GAM geht in die gleiche Richtung. An Martin von der GAM gerichtet: Ja, ihr macht gute Arbeit, wie in Solidarität mit Palästina außerhalb und innerhalb der LP. Dabei seid ihr immer wieder konfrontiert mit der Linkspartei-Führung, die pro-zionistisch ist und ein Hindernis darstellt im Kampf für die Freiheit für Palästina. Auch habt ihr richtige Kritik an der AfD-Verbotsforderung und stellt euch in Artikeln gegen die „Einheit aller Demokraten“. Gut! Aber bisher hat die GAM die entscheidende Schlussfolgerung aus dieser Arbeit abgelehnt, NICHT den Kampf gegen Reichinnek & van Aken frontal zu führen, und so in der Wahl die Linkspartei, d. h. die Linie der Parteiführung, gewählt! So kann man keine Alternative aufbauen.

Gerade die Forderung der GAM nach „offenen Grenzen“ bindet euch an die Linkspartei. Für viele Jahre wurde massive Migration von den deutschen Imperialisten für ihre eigenen Interessen genutzt, während die Arbeiter darunter gelitten haben. Flüchtlinge werden oft unter schlimmsten Bedingungen ausgebeutet und gleichzeitig in die Viertel der Armen gezwungen. Als Kommunisten kämpfen wir natürlich gegen alle Abschiebungen. Aber, genauso wenig dürfen wir uns die Schlagwörter der Liberalen wie „offene Grenzen“ zu eigen machen. Arbeiter sehen solche Linke, nicht zu Unrecht, als liberale Moral-Apostel, die sich nicht um die Lage der Arbeiter scheren.

Wie unser Kandidat bei der letzten Bundestagswahl, Toralf, erklärt hat: „Nicht die Einheit gegen rechts kann die AfD stoppen, sondern nur die Einheit der Arbeiterklasse – gegen den Verrat von SPD und Linkspartei, die der AfD den Weg bahnen!“

Kampf gegen Rechts heißt Kampf gegen NATO

Die Ukraine steht vor der Niederlage im Krieg und Trump versucht sich aus der Affäre zu ziehen, um sich auf seinen Hauptfeind, China, zu konzentrieren. Merz und Klingbeil wollen krampfhaft den Anti-Russland-Kurs aufrechterhalten, eins der zentralen Elemente der sterbenden liberalen Ordnung, insbesondere mit ihrer wahnwitzigen Unterstützung für NATO und Ukraine. Dafür sollen die russischen und ukrainischen Arbeiter auf dem Schlachtfeld sterben, und die Arbeiter hier, wegen der anti-russischen Sanktionen, exorbitante Energiepreise zahlen.

Die Linkspartei-Führung vertritt mit den Imperialisten das liberale Märchen vom „Kampf gegen Autoritarismus“, dem leider ein großer Teil der sozialistischen Linken auch auf den Leim gegangen ist. So haben sich viele, im Einklang mit der NATO, direkt hinter die Ukraine im Krieg gestellt. Manche haben sogar die Waffenlieferungen der Imperialisten an die Ukraine akzeptiert – wie die GAM. So ist gerade im Ukrainekrieg nur die AfD als Opposition erschienen, was ihr nochmal enorm Auftrieb gegeben hat.

Wenn Sozialisten sich nicht mal klar gegen die Waffenlieferungen & Sanktionen stellen, die Arbeiter hier ruinieren, werden sie sich immer mehr vor Arbeitern als arrogante Sprücheklopfer und Anhängsel der Herrscher diskreditieren. Die MLPD hat sich richtigerweise gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine gestellt, es aber bisher abgelehnt, in der brennenden Frage der Sanktionen sich klar für die Wiederaufnahme von Energie-Importen aus Russland auszusprechen.

Aber: Nur wenn wir als kompromisslose Kämpfer für die Arbeiter, gegen die Interessen der NATO und ihre Vorkämpfer in SPD und LP-Führung einstehen, können wir eine Arbeiteropposition aufbauen. Nur so können wir anfangen, der AfD das Wasser abzugraben, und sie als arbeiterfeindliche und militaristische Kraft entlarven. Deshalb: ***Nein zu NATO & Waffenlieferungen an die Ukraine! Lasst russisches Gas und Öl rein!***

Was tun? – Konkrete Zusammenarbeit

Also, was tun? Wir müssen unsere Debatten verbinden mit konkreten gemeinsamen Schritten, um die Kämpfe der Arbeiter und Unterdrückten nach vorne zu bringen.

- ➜ Wie bei den Autoarbeitern in Marienfelde und bei Tesla
- ➜ In der LP, den Kampf für Palästina

In diesen Kämpfen stoßen wir immer wieder auf ein Bollwerk: den Kurs der jetzigen Führung der Arbeiterklasse, ob in SPD, Linkspartei oder Gewerkschaften. Nur wenn wir als Kommunisten dagegen gemeinsam vorgehen, können wir den Arbeitern einen Weg nach vorne zeigen.■

Hört die Debatte auf YouTube
www.youtube.com/watch?v=IGY1xe8D_Fg

Kampf gegen Wehrpflicht heißt

Kampf gegen NATO!

Der folgende Artikel, leicht redigiert, wurde übersetzt aus Women & Revolution*, Zeitung der Internationalen Kommunistischen Liga, Nr. 47 vom April 2026.*

Rund 50000 Schüler streikten im Dezember 2025 und März 2026 jeweils einen Tag lang in über 100 deutschen Städten, um gegen Pläne zur Wiedereinführung der Wehrpflicht zu protestieren. Ein weiterer

von Nadja Dostal

Schulstreik findet am 8. Mai statt. Unter dem Druck des US-Imperialismus wird die Bundeswehr massiv aufgerüstet, mit dem Ziel, sie zur stärksten konventionellen Armee Europas zu machen. Die Mehrheit der jungen Menschen ist gegen die Wehrpflicht. Bei der Demonstration am 5. März in Berlin skandierten 6000 Teilnehmer Losungen wie „Friedrich Merz an die Front“, riefen: „Nie wieder Wehrpflicht“ und „Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft“. Die Bundesregierung beschloss im Dezember erste Schritte zur Wiedereinführung der Wehrpflicht: Fragebögen für alle Jugendlichen zu ihrer Gesundheit und ihrem Interesse am Militärdienst (für Männer verpflichtend auszufüllen), gefolgt von obligatorischen ärztlichen Untersuchungen für Männer. Sollten sich daraufhin nicht genügend Freiwillige für die Armee melden, wird die Wehrpflicht eingeführt.

In dem Bestreben, ihre schwindende globale Vorherrschaft mit militärischer Gewalt aufrechtzuerhalten, zwingen die USA ihre Verbündeten innerhalb der NATO dazu, mehr für ihre eigenen Streitkräfte auszugeben. Als Juniorpartner kapituliert Deutschland mehr oder weniger widerwillig vor jeder Forderung Trumps. Denn die deutschen Kapitalisten profitieren enorm von der Partnerschaft mit den USA und sind von ihr abhängig. Um im Kampf gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht voranzukommen, muss die Schülerbewegung das Problem an der Wurzel packen, sich gegen das Bündnis Deutschlands mit den USA stellen und ***die NATO ablehnen***.

Viele Schüler blicken auf die Linkspartei, da sie die einzige Kraft im Parlament ist, die sich grundsätzlich gegen die Wehrpflicht ausspricht und die Schülerstreiks begrüßt hat. Der Vorsitzende der Linkspartei, Jan van Aken, solidarisierte sich im Dezember mit den Protesten und fragte: „Warum soll ich ein Land verteidigen, das sich einen Dreck um meine Zukunft schert? Warum ist plötzlich Geld für Panzer da, aber nie für gute Bildung?“ (*Frankfurter Rundschau*, 4. Dezember 2025). Eine völlig berechtigte Frage. Doch die Führung der Linkspartei handelt nicht danach. Entgegen formellen Parteibeschlüssen gegen die NATO stimmte die Bremer Linkspartei im Bundesrat für die Abschaffung der Schuldenbremse, was der Merz-Regierung unbegrenzte Aufrüstung erlaubt. Die Parteiführung verteidigte daraufhin die Bremer LP. Trotz gelegentlicher Anti-NATO-Rhetorik stellt sich die Führung der Linkspartei ***stets*** auf die Seite der NATO und unterstützt die Sanktionen gegen Russland und den Iran. Damit trägt sie in der Praxis zur militärischen Aufrüstung und zur Zerstörung der Zukunft bei.

Spartakist

8. Mai, Hamburg. Jugendliche beim Schülerstreik gegen Wehrpflicht. Landesweit waren Zehntausende auf der Straße

Alle sozialistischen Jugendgruppen wie SDAJ, IJV, REVO und Solid, die an der Organisation der Schülerstreiks beteiligt sind, müssen nun dafür kämpfen, die Schülerbewegung ***gegen die NATO*** zu orientieren, um die Wehrpflicht zu stoppen. Dieser Kampf ist untrennbar mit dem Kampf für eine antiimperialistische, revolutionäre Führung der Linkspartei verbunden, die sich klar gegen die NATO, Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel sowie die Sanktionen stellt.■

Krieg gegen Iran: Unterschätzt den US-Imperialismus nicht

Der folgende Artikel ist eine Übersetzung des englischsprachigen Spartacist-*Extrablatts vom 16. März.*

Von den Mainstream-Medien über YouTuber bis hin zur revolutionären Linken herrscht zunehmend Einverständnis darüber, dass die US-israelische Offensive gegen den Iran

von G. Perrault

in einer Niederlage enden wird. Als Kommunisten streben wir ein solches Ergebnis an und stehen entschlossen zur Verteidigung des Iran gegen den anhaltenden imperialistischen Angriff. Doch gerade weil wir in diesem Konflikt eine militante Haltung einnehmen, ***müssen wir vor der Gefahr der Selbstzufriedenheit warnen.***

Schon seit Oktober 2023 haben uns unzählige Analysten erzählt, dass Israel keinen Ausweg habe, dass ihm die Munition ausgehen werde, dass es von innen heraus zusammenbrechen werde. Aber nichts davon ist eingetreten. Israel und die USA haben das Tempo der Ereignisse bestimmt. Sie haben immer aggressivere Offensiven gestartet und dann pausiert, wenn es ihnen passte. Die Achse des Widerstands hat sich gewehrt, war jedoch ständig in der Defensive, was zu zahlreichen Rückschlägen und einer Schwächung ihrer Position geführt hat.

Zwar findet die jüngste Runde der Zusammenstöße mit höherer Intensität statt, doch deutet bislang nichts auf eine grundlegende Änderung der strategischen Ausrichtung der jeweiligen Parteien hin. Warum sollten wir darauf vertrauen, dass die IRGC (das Korps der Islamischen Revolutionsgarde) diesmal so lange kämpfen wird, bis es den USA und Israel eine schwere strategische Niederlage zufügt?

Wir können uns nicht erneut auf die Achse des Widerstands oder auf das Versprechen künftiger politischer Unzufriedenheit im Westen verlassen. Die linken und antiimperialistischen Kräfte müssen ihre eigene Strategie vorbringen, eine Strategie, die sich den aktuellen Angriffen entgegenstellt, aber auch einen realen Weg bietet, die USA aus Westasien zu vertreiben.

Ein neues Paradigma

Zunächst muss man verstehen, dass die Welt, in der wir heute leben, nicht mehr die der frühen 2000er-Jahre ist. Im Jahr 2003 unternahmen Bush und Blair große Anstrengungen, um ihren Angriff auf den Irak diplomatisch zu rechtfertigen. Heute ist das Trump und Netanjahu völlig egal. Es sind nicht so sehr die Persönlichkeiten der Führer, die sich geändert haben. Vielmehr ist es die politische Ära, die nun grundlegend anders ist.

Nach Jahrzehnten relativer Stabilität gerät die Welt nun in eine gefährliche Abwärtsspirale, in der die USA mit immer größerer Aggression und Irrationalität handeln, um ihre Hegemonie aufrechtzuerhalten. Auf regionaler Ebene ist dies der Kurs, den Israel seit dem 7. Oktober verfolgt, indem es immer mehr hastige Angriffe auf Länder in der gesamten Region startet.

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie diese neue Ära aussehen wird, müssen wir weiter zurückblicken als auf die Kriege im Irak und in Afghanistan und sogar über die blutigen Konflikte des Kalten Krieges hinaus, bis zum Zweiten Weltkrieg, als die ganze Welt in einen höllischen Kreislauf aus massenhaftem Töten und Zerstören gestürzt wurde. Das ist es, was passiert, wenn imperialistische Mächte in die Enge getrieben werden. Das ist die Perspektive, die die Zukunft bereithält.

Das heißt jedoch nicht, dass wir geradewegs auf den Dritten Weltkrieg zusteuern oder dass die USA bereit sein werden, einen totalen Krieg gegen den Iran zu führen. Auf diesem Weg wird es Widerstand und Rückschläge geben. Aber es bedeutet, dass wir in einer Welt leben, die allgemein die Tendenz hat zu immer mehr Gewalt und wirtschaftlichem Chaos.

Doch trotz aller Reden über das Ende der regelbasierten Ordnung betrachten viele Kommentatoren den Krieg mit dem Iran immer noch durch eine alte Brille. Sie unterschätzen das Ausmaß, in dem die US-Herrscher bereit sein werden, wirtschaftliches Chaos und das Leiden ihrer eigenen Bevölkerung in Kauf zu nehmen. Was vor einigen Jahren noch inakzeptabel gewesen wäre, wird heute als notwendiger Preis angesehen, um die Welt unter der amerikanischen Knute zu halten. Angesichts dieses neuen Paradigmas können wir den Ausgang eines Krieges nicht einfach anhand von Wahlergebnissen, symbolischen Siegen und kurzfristigen wirtschaftlichen Störungen beurteilen. Wir müssen das Kräfteverhältnis zwischen den Kriegsparteien, ihre innere Geschlossenheit und ihre Kampfbereitschaft betrachten.

Kriegsziele der USA und Israels

Jeder Kommentator auf der Erde klagt darüber, dass Trump kein klares Ziel habe und ständig sein Narrativ ändere. Seine Regierung sei wahrhaft inkompetent. Es ist jedoch falsch zu glauben, dass die USA und Israel in diesem Krieg kein klares strategisches Ziel hätten. Schon lange vor dem 7. Oktober hat Israel, unterstützt von den USA, klargemacht, dass sein Ziel ist, ***die iranische Macht in der Region zurückzudrängen und als Gegengewicht zu beseitigen.*** Der aktuelle Krieg ist lediglich eine Fortsetzung dieser Kampagne.

Ob in Gaza, Syrien, im Libanon oder nun im Iran: Die Israelis haben ihr Ziel verfolgt, indem sie ihre Feinde ermordeten, deren militärische Kapazitäten schwächten und das gesamte gesellschaftliche Gefüge von Israels Rivalen zermalmten. Anders als bei den Kriegen im Irak und in Afghanistan, wo die USA erhebliche Ressourcen zur Errichtung von Marionettenregimen aufwendeten, interessiert das im aktuellen Konflikt niemand.

ZUMA Press/Alamy

„Für uns kommt nur die vollständige Kapitulation des Feindes in Frage.“
– Korps der Islamischen Revolutionsgarde, 11. März

Platt/Getty

„Ich entschuldige mich persönlich bei den Nachbarländern, die unter Irans Handlungen zu leiden hatten.“
– Präsident Massud Peseschkian, 7. März

Natürlich würden Trump und Netanjahu die Islamische Republik Iran gerne zu Fall bringen und einen klaren politischen Sieg erringen. Letztendlich ist dies jedoch zweitrangig gegenüber ihrem Ziel, die Fähigkeit des Iran zur Ausübung regionaler Macht zu schwächen.

Die militärische Lage

Mehr als zwei Wochen nach Beginn des Konflikts ist das iranische Regime nicht zusammengebrochen. Es ist weiterhin in der Lage, die Wirtschaft der Golfstaaten erheblich zu stören und mit Hilfe der Hisbollah Israel anzugreifen. Die Blockade der Straße von Hormus und die Angriffe auf Öl- und Gasinfrastruktur haben das Potenzial, erhebliche Störungen der Weltwirtschaft zu verursachen. Der Iran konnte zwar bestimmte amerikanische (und vermutlich auch israelische) Militäranlagen angreifen, aber er kann den militärisch-industriellen Komplex der USA nicht antasten oder dessen Fähigkeit, den Iran zu bombardieren, vereiteln. Bislang scheinen die amerikanischen und israelischen Streitkräfte nur minimale Verluste erlitten zu haben.

Zwar hat der israelische und amerikanische Bombenkrieg die Fähigkeit des Iran zu Militärschlägen nicht zerstört (und wird dies wahrscheinlich auch nicht tun), doch hat er unbestreitbar erheblichen wirtschaftlichen und militärischen Schaden angerichtet. Aber ohne eine groß angelegte Bodeninvasion – eine unwahrscheinliche Perspektive – gibt es keine Möglichkeit, die IRGC militärisch vollständig zu besiegen. Die USA, Israel und ihre Verbündeten am Golf konnten einen erheblichen Teil der aus dem Iran abgefeuerten Drohnen und Raketen abfangen. Diese Fähigkeit wird jedoch mit der Zeit nachlassen, da der Vorrat an Abfangraketen schwindet.

Vor diesem Hintergrund scheint es, dass ***keine der beiden Seiten die militärische Bedrohung seitens der anderen realistisch beseitigen kann***. Der Ausgang des Konflikts hängt daher in hohem Maße von der Fähigkeit und dem Willen jeder Seite ab, den Krieg fortzusetzen.

Sollte der Iran Israel und die Golfstaaten weiterhin angreifen, wenn die Luftabwehrraketen aufgebraucht sind, oder die Öllieferungen so stark stören, dass dies eine schwere Wirtschaftskrise auslöst, oder aber erhebliche militärische Verluste verursachen, könnte er möglicherweise einen echten strategischen Schlag versetzen, der künftige Aggressionen erschweren würde.

Sollte der Iran hingegen erneut eine Einigung akzeptieren, wenn es den USA gelegen kommt, werden wir wahrscheinlich nur eine Pause bis zur nächsten Angriffswelle erleben. Darüber hinaus wird in einem solchen Szenario der vom Iran verursachte Schaden sicherlich verblassen im Vergleich zu den verheerenden langfristigen Auswirkungen des Bombenkriegs auf die iranische Gesellschaft. Daher hängt viel von der Fähigkeit und Entschlossenheit der IRGC ab, den Konflikt fortzusetzen und zu eskalieren.

Wird die IRGC ihren Kurs beibehalten?

In seiner ersten öffentlichen Erklärung versicherte der neue Oberste Führer des Iran, Ajatollah Modschtaba Chamenei, „wir werden nicht darauf verzichten, das Blut eurer Märtyrer zu rächen“. Der Marionettenpräsident Massud Peseschkian erklärte in einer offenbar abgestimmten Erklärung:

> „Der einzige Weg, diesen Krieg – der vom zionistischen Regime und den USA entfacht wurde – zu beenden, ist die Anerkennung der legitimen Rechte des Iran, die Zahlung von Reparationen und feste internationale Garantien gegen künftige Aggressionen.“

Aufgrund dieser Erklärungen sowie von Stellungnahmen der IRGC sind viele davon überzeugt, dass der Iran den Kampf fortsetzen wird, ungeachtet der Bestrebungen der USA und Israels, den Konflikt letztendlich beizulegen. Das Argument lautet, dass der Iran angesichts der Intensität des aktuellen Angriffs und der direkten Beteiligung der USA eine Beendigung des Konflikts nicht akzeptieren kann, ohne seinen Feinden eine schmerzhafte Niederlage zuzufügen. Um einzuschätzen, wie wahrscheinlich es ist, dass die IRGC diese Haltung beibehält, müssen wir einige der Faktoren betrachten, die ihre Entschlossenheit beeinflussen.

Da ist zunächst die internationale Position des Iran. Innerhalb der Golfregion selbst versucht der Iran, eine energische Verteidigung mit seiner Zurückhaltung gegenüber einem totalen Krieg mit seinen Nachbarn in Einklang zu bringen. Wenn er seine Operationen aufrechterhält und ausweitet, könnte er in der Region völlig isoliert werden. Dieser Möglichkeit wirken die beiden wichtigsten Partner des Iran, Russland und China, in gewisser Weise entgegen. Doch weit davon entfernt, Irans Streben nach erweiterten Kriegshandlungen voll und ganz zu unterstützen, werden beide wahrscheinlich eine rasche Lösung anstreben. Russische und chinesische Milliardäre haben enge Verbindungen zu den Golfstaaten, ein Großteil des chinesischen Öls wird über die Straße von Hormus transportiert, und beide Länder haben signalisiert, dass sie eine Rückkehr zur Stabilität wollen.

Von größerer Tragweite ist die innenpolitische Front. Zwar herrscht im aktuellen Krieg zweifellos ein starkes Gefühl der nationalen Einheit, doch die grundlegende Realität der iranischen Gesellschaft ist scharfe Polarisierung, immer größere Schichten im Land stellen sich gegen das Regime. Die Proteste im Januar und die darauf folgende brutale Unterdrückung sind Ausdruck tiefgehender Zerrissenheit.

Ein Kampf der Bevölkerung gegen die Islamische Republik ist derzeit unwahrscheinlich, doch sollte sich der Krieg hinziehen und sollten die USA und Israel signalisieren, dass sie aussteigen wollen, könnten erneut Risse entstehen. Die IRGC weiß, dass sie nicht mehr dieselbe Unterstützung in der Bevölkerung hat wie während des Iran-Irak-Kriegs, und dies wird sich zweifellos auswirken auf ihre Entschlossenheit zur Fortsetzung des Konflikts.

Letztendlich wird sich die Angelegenheit durch bürokratische Machtkämpfe innerhalb der IRGC entscheiden. Die Ernennung von Modschtaba Chamenei zum neuen Obersten Führer deutet darauf hin, dass die Hardliner weiterhin das Sagen haben. Dies sollte jedoch nicht als Garantie für künftige Unnachgiebigkeit angesehen werden. Die Erfahrung zeigt, dass es innerhalb des Regimes selbst starken Druck in Richtung Versöhnung gibt. Trotz unzähliger Provokationen und Täuschungsmanöver durch den Westen und Versprechungen der Hardliner, sich nie wieder täuschen zu lassen, folgte auf den Kurs der Konfrontation stets eine Phase der Beschwichtigung. Das garantiert zwar nicht, dass derselbe Kurs jetzt erneut eingeschlagen wird, sollte aber zumindest denjenigen zu denken geben, die mit Bestimmtheit verkünden, dass der Iran bis zum Sieg kämpfen werde.

Wie man die USA aus dem Nahen Osten rauswirft

Eine weitere weit verbreitete Ansicht ist, dass die USA aufgrund dieses Konflikts aus dem Nahen Osten vertrieben werden könnten. Wie soll dies geschehen? Die Grundzüge lassen sich der Erklärung von Modschtaba Chamenei entnehmen:

> „Ich rate den Führern der Länder der Region, diese [US-]Stützpunkte so schnell wie möglich zu schließen, denn sie müssen inzwischen sicherlich erkannt haben, dass die Behauptungen der USA, für Sicherheit und Frieden zu sorgen, nichts als Lügen waren. Die Schließung der US-Stützpunkte in der Region wird es diesen Regierungen ermöglichen, ihre Bindungen zu ihrem eigenen Volk zu stärken, das im Allgemeinen unzufrieden ist mit dem demütigenden Verhalten, das mit diesen Stützpunkten verbunden ist."

Zweifellos herrscht in den Golfstaaten Unzufriedenheit darüber, in diesen Krieg hineingezogen worden zu sein und mitanzusehen, wie ihre Infrastruktur zur Zielscheibe wird. Aber zu glauben, dies würde ausreichen, damit sie ihre militärischen Bindungen an die USA aufkündigen, ist reine Fantasie. Die militärische Macht der USA ist ja gerade das Fundament, auf dem sich die Golfmonarchien als dystopische Inseln feudaler Reaktion erhalten haben.

Der einzige Weg, die USA aus dem Golf zu vertreiben, besteht darin, die Könige, Scheichs, Emire und Prinzen mit ihnen zusammen rauszuwerfen. Dies müsste durch eine Mobilisierung der Bevölkerung geschehen und sich auf die breiten Schichten der arbeitenden Immigranten ausweiten, die diese Länder am Laufen halten. Wie die obige Erklärung zeigt, ist dies keineswegs die Perspektive des iranischen Regimes. Es versucht, genau jene Herrscher, die von den USA abhängig sind und sich stark auf sie stützen, dazu zu bewegen, das Richtige zu tun und die Militärbasen zu schließen.

Selbst wenn der Iran irgendwie genug Druck ausüben würde, um die Schließung von amerikanischen Stützpunkten zu erreichen – was dann? Würden die fanatischen sunnitischen Regime am Golf es akzeptieren, in Harmonie mit einer schiitischen Republik zu leben, die mit ballistischen Langstreckenraketen bewaffnet ist und das Potenzial besitzt, Atomwaffen zu erlangen? Niemals. Die Wahrheit ist, dass die sunnitischen Monarchien trotz ihrer Proteste genauso sehr wie Israel daran interessiert sind, die Islamische Republik zu zerschlagen und sie als Rivalin zu beseitigen.

Dies weist auf das wichtigste Hindernis hin, um die USA aus dem Nahen Osten zu vertreiben: die unzähligen konfessionellen und nationalen Spaltungen, die die Region zerreißen. Diese Spannungen, bewusst von den Imperialisten geschürt, bedeuten, dass es immer eine Gruppe gibt, die bereit ist, einen Pakt mit dem Teufel zu schließen und sich auf eine ausländische Macht zu stützen, um ihre eigenen engstirnigen Interessen voranzutreiben. Solange es keinen Weg gibt,

Fortgesetzt auf Seite 25

NHHC/Wikimedia

Torok/Weißes Haus

Macht der USA ist Grundlage der Golfmonarchien. Links: Ägypten, 1945, US-Präsident Roosevelt trifft den saudischen König Ibn Saud. Rechts: Trump trifft Kronprinz Bin Salman, Riad, Mai 2026

Warum Linke den Tod von Chamenei nicht feiern sollten

Imago

Der folgende Artikel wurde zuerst als Spartacist-*Extrablatt vom 3. März veröffentlicht.*

Viele feiern den Tod von Ali Chamenei, dem Obersten Führer des Iran. Er wurde (zusammen mit Mitgliedern seiner Familie) in seiner Residenz durch amerikanische und israelische Luftangriffe ermordet. Das Spektrum derjenigen, die seinen Tod feiern, ist recht breit und das ist ein

von Mansa Kaur

ziemliches Problem: von Netanjahu, Trump, Reza Pahlavi und der monarchistischen Diaspora im Westen bis hin zu angesehenen Liberalen, großen Teilen der iranischen Progressiven, die durch die Bewegung „Frau, Leben, Freiheit" verbunden sind, und einigen Linken. Was all diese unterschiedlichen Kräfte im Grunde zusammenbringt, ist die Freude über den Tod des „Diktators".

Lasst uns einige Grundlagen klären: Die Ermordung des Ajatollahs durch die USA und Israel ist kein Grund zur Freude. Ja, er hatte Blut an seinen Händen, nicht nur vom Dey-Aufstand (Ende Dezember bis Mitte Januar nach westlichem Kalender), sondern auch von den Zehntausenden Kommunisten und Linken, die er und sein Vorgänger nach 1979 abgeschlachtet haben. Aus der Sicht eines großen Teils der iranischen Bevölkerung war er in der Tat ein Diktator. Kommunisten unterstützen das Regime der Mullahs nicht. Aber wenn das Land vom Imperialismus angegriffen wird, ergreifen wir Partei. Und diese Partei ist ***die des Iran, gegen die USA und Israel.***

Das sind nicht nur Worte oder Slogans, sondern sie haben materielle und praktische Auswirkungen: Es bedeutet, für den Sieg des Iran über die Imperialisten und Zionisten und gegen seine Schwächung durch die Aggressoren zu sein. Alle Sozialisten vor Ort und alle, die die Massen des Iran befreien wollen, sind verpflichtet, auf der Seite des Iran zu kämpfen, um diese Ziele zu erreichen.

Die Ermordung des Ajatollahs muss in diesem Zusammenhang gesehen werden, und von diesem Standpunkt aus ist sie nichts, was man feiern sollte. Dies ist keine moralische Frage, sondern eine Frage des politischen Kampfes. Die Islamische Republik ist seit 1979 ein Problem für die Pläne der USA und Israels für die Region. Chamenei, seit 36 Jahren ihr zentraler Architekt, bestimmte ihre allgemeine Ausrichtung und war einer der wichtigsten Führer der Achse des Widerstands. Er war somit ein wesentlicher Ausdruck für das Problem der Imperialisten. Also töteten sie ihn als Teil ihres umfassenderen Plans, die Islamische Republik als Hindernis für ihre Ziele zu beseitigen. Er wurde nicht durch einen unabhängigen Kampf der Massen beseitigt, sondern durch die Schlächter von Gaza. ***Sein Tod fördert daher die Ziele der Imperialisten und Zionisten.*** Anders zu denken hieße, sich freiwillig zum Idioten zu machen.

Aber viele sind bereitwillige Idioten. Um dies zu verstehen, müssen wir das Spektrum all derer untersuchen, die den Tod von Chamenei feiern. Auf der einen Seite steht die imperialistisch-zionistische Tötungsmaschine, die ihre Aggression teilweise damit rechtfertigt, dass sie dem „iranischen Volk" hilft, sich gegen das Regime zu erheben. Die Liberalen im Westen vergessen in typischer Manier plötzlich, dass sie Trump hassen, und nicken scheinheilig, während sie die Propaganda ihrer eigenen Regierungen über den bösen und autoritären Ajatollah nachplappern.

Und während viele iranische Progressive und Linke gegen den Krieg sind und die Imperialisten und Zionisten für die Bombardierung von Schulen verurteilen, übersehen sie die Tatsache, dass es ***buchstäblich dieselben Todeskräfte und dieselben Bomben*** waren, die auch Chamenei getötet haben. Das scheint ihnen nichts auszumachen, während sie seinen Tod feiern. Warum? Wiederum, weil Chamenei ein Diktator war, also gut, dass er weg ist. Sie sind so sehr von ihrem Hass auf die Islamische Republik eingenommen und so sehr von ihrem Wunsch, das Regime loszuwerden, getrieben, dass es ihnen nichts ausmacht, dass es die Kräfte des Völkermords sind, die ihre Führer ermorden. Sie atmen erleichtert auf und beklagen nur, dass der Ajatollah nicht vom Volk zur Rechenschaft gezogen wurde.

Und dann gibt es noch diese Dilettanten auf der Linken, die nicht in der Lage sind, den Unterschied zwischen einer imperialistischen Macht, die weltweit Chaos anrichtet, und einem autoritären und theokratischen kapitalistischen Land, das vom Imperialismus unterdrückt wird, zu erkennen. Sie begraben diese grundlegende leninistische Unterscheidung, springen auf diesen erbärmlichen Zug auf, verurteilen beide Seiten als Kriegstreiber und jubeln über den Tod des Diktators, während sie „kein Krieg außer Klassenkrieg" schreien. Einige Organisationen, wie die Arbeiterkommunistische Partei Irans, überschreiten die Grenze völlig und machen die 47-jährige Existenz der Islamischen Republik dafür verantwortlich, die Aggression der USA und Israels provoziert zu haben.

Die derzeitige Lage ist problematisch. Den iranischen Progressiven, Linken und Antimonarchisten, die nicht wollen,

Imago/Middle East Images Imago/NurPhoto

Links: München, 14. Februar. Anti-IRGC-Protest für USA & Schah-Sohn. Rechts: Teheran, 17. April. Bewaffnete iranische Frauen marschieren mit Porträts von Chamenei, ermordet von USA/Israel, und seinem Sohn

dass ihr Land bombardiert wird, aber froh sind über die Schläge gegen das Regime, müssen wir offen sagen: Wenn man unter den gegenwärtigen Umständen den Tod von Chamenei bejubelt, steht man auf der Seite von Trump und Netanjahu. Wir verstehen den Schmerz, die Wut, die Hilflosigkeit und die Erschöpfung, die ***ihr*** empfindet. Aber es kommt darauf an, ***wie ihr*** gegen das Regime kämpft.

Um wirksam zu kämpfen, müsst ihr die Quelle der Stärke des Regimes untergraben, nämlich seine Anziehungskraft als Kraft, die sich gegen Imperialismus und Zionismus stellt. Diese Anziehungskraft besteht trotz ihrer jüngsten Schwächung im Inland fort. Sie besteht fort, weil das Land und die gesamte Region durch die Unterwerfung unter den Imperialismus geprägt sind. Vom US-gestützten Regimewechsel im Iran des 20. Jahrhunderts bis hin zu Palästina, Irak, Libyen, Syrien und Afghanistan: Die imperialistische Verwüstung bindet ganze Schichten der Massen an antiimperialistische Kräfte. Indem ihr den Tod des Ajatollahs bejubelt, treibt ihr diese Schichten weiter in die Arme des Regimes und stärkt es, anstatt es zu untergraben. Man denke nur an die massiven Proteste nach dem Tod von Chamenei, vom Enghelab-Platz in Teheran bis nach Kaschmir, Pakistan, Irak und Nigeria. Um diese Anziehungskraft zu untergraben, ***müsst ihr zu Führern des antiimperialistischen Kampfes werden*** und ihn mit dem Kampf zur Befreiung der Frauen, der unterdrückten Nationalitäten und der arbeitenden Massen des Iran aus den Fängen des Imperialismus verbinden.

Warum Linke nicht um Chameneis Tod trauern sollten

Chameneis Tod verdeutlicht das Problem der internationalen Linken in Bezug auf den Iran. Im Gegensatz zu den Jubelnden trauert die andere Seite um den „Märtyrer“. Dazu gehören viele Strömungen der pro-palästinensischen Bewegung im Nahen Osten, wie die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und andere „Campisten“. In ihrem Nachruf auf Chamenei schreibt die PFLP beispielsweise: „Wir nehmen Abschied von diesem revolutionären Kämpfer“ und „bekräftigen, dass sein Tod einen Verlust für die Kräfte des globalen Widerstands darstellt, die die amerikanische Hegemonie brechen und das zionistische Projekt zerschlagen wollen“.

Diese Sichtweise ist völlig falsch. Ja, der Iran ist den USA und Israel ein Dorn im Auge. Aber seine gesamte Strategie zielt weder darauf ab, „das zionistische Projekt zu liquidieren“, noch „die amerikanische Vorherrschaft“ in der Region zu brechen. Man muss sich nur Palästina ansehen. Der Iran hat nichts unternommen, um den Völkermord entschlossen zu stoppen. Stattdessen versuchte er mit seiner Strategie, das Kräfteverhältnis schrittweise zu verschieben, indem er „den israelischen Frosch langsam kochte“. Das Ergebnis? Wichtige Führer der Achse des Widerstands wurden von Israel relativ leicht getötet. Dann wurde der Iran im 12-tägigen Krieg massiv angegriffen und jetzt wird er erneut bombardiert. Da er nicht in der Lage ist, die Imperialisten entschlossen herauszufordern, aber dennoch ein ausreichendes Problem darstellt, wurde der Iran langsam durch imperialistische Sanktionen erstickt. Und da er keine Lösungen dafür anbieten konnte, wandte er sich einer verstärkten Unterdrückung zu und massakrierte Tausende, die sich gegen ihre sich verschlechternden Lebensbedingungen auflehnten.

Dies sind keine Elemente einer erfolgreichen antiimperialistischen Strategie, sondern einer erfolglosen. Denn der „Antiimperialismus“ der Mullahs basiert auf der Aufrechterhaltung ihrer eigenen privilegierten und repressiven Herrschaft. Gleichzeitig verhindern sie einen vereinten Kampf der Massen. Warum? Weil eine solche Entwicklung ihre eigene Herrschaft in Frage stellen würde. Die Strategie der Ajatollahs bedient sich tatsächlich der religiösen und nationalen Spaltungen, die die Massen schwach und die Imperialisten glücklich halten. Dies gilt sowohl für die Innenpolitik als auch für die Region und macht das Regime der Ajatollahs letztlich zu einem Hindernis für die Beseitigung des Zionismus und die Durchbrechung der regionalen Hegemonie der USA.

Der Tod von Chamenei ist objektiv gesehen ein Schlag gegen den Iran im Krieg mit den USA und Israel, den beiden mörderischsten Mächten der heutigen Welt. Er ist weder zu feiern noch zu betrauern. Von 1979 bis heute bestand das Hauptproblem der Linken darin, die Mullahs wirksam herauszufordern. Sie schwankte zwischen ihrer vollständigen Verurteilung und ihrer Unterstützung im Kampf gegen den Imperialismus. Diese Polarisierung nimmt innerhalb der iranischen Gesellschaft selbst zu. Um voranzukommen, ist es notwendig, diese Kluft zu überbrücken und die Massen zu vereinen. Damit dies geschehen kann, müssen beide Strömungen ihre jeweiligen Misserfolge überwinden und die Aufgabe, den Iran zu verteidigen, mit der Befreiung der Massen verbinden. Lasst uns die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen, sondern die Lehren aus ihr ziehen, egal wie emotional schwierig sie auch sein mögen, und sie anwenden, um die Realität jetzt zu verändern.■

Ver.di/GEW: Gemeinsam streiken gegen Kürzungen!

Nachfolgend drucken wir den Brief eines Gewerkschafters der GEW ab, den wir Anfang Februar während der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst erhielten. Inzwischen hat die Ver.di-Führung die erste Gelegenheit genutzt und die Verhandlungen ausverkauft. Dabei wurde sie von der GEW-Führung unterstützt. Mit 27 Monaten Laufzeit, durchschnittlich 1,63% Erhöhung im ersten Jahr, 2,8% danach entspricht das Ergebnis nicht einmal einem Drittel der Forderungen und bleibt weit unter der Inflation. Die studentischen Beschäftigten sind weiterhin ohne Tarifvertrag. Dagegen hat das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di und das Netzwerk für eine kämpferische GEW Unterschriften gesammelt. Siehe auch: netzwerk-verdi.de/2026/02/20/wir-sagen-nein-zum-tv-l-verhandlungsergebnis/

Spartakist

18. Dezember 2025, Berlin. Gemeinsamer Warnstreik von ver.di und GEW

7 Prozent mehr Gehalt (mindestens 300 Euro monatlich), 200 Euro mehr für Azubis und Praktikanten im Monat, Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud) fordert unsere Gewerkschaft, die GEW. Angesichts der massiven Inflation der letzten Jahre und der immer weiter zunehmenden Belastung in den Schulen ist das mehr als gerechtfertigt, ja eher bescheiden. Und was unsere studentischen Kollegen angeht — Schluss mit Rechtlosigkeit und Willkür! Eines ist klar, die Umstände unseres Kampfes sind schwierig. Ob Bund oder Länder: Überall wird gespart, nicht zuletzt im Bildungsbereich.

Dies hat zwei Ursachen: Einerseits geht die Industrieproduktion seit Jahren zurück. Erst durch die katastrophale Corona-Politik, wo die Kombination aus Korruption, Inkompetenz, jahrzehntelangen Kürzungen im Gesundheitswesen und rücksichtslosen Lockdowns die Wirtschaft schwer schädigten. Dann folgten milliardenschwere Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine, während die Russland-Sanktionen die Wirtschaft von billigem russischem Gas und Öl abschneiden. Die explodierenden Energiepreise ziehen seither Deindustrialisierung und Inflation nach sich. Die Merz-Regierung setzt den katastrophalen antirussischen NATO-Kurs der vorherigen Ampel-Koalition fort und im Schatten der aufsteigenden AfD wälzt sie die Kosten für die massive Aufrüstung auf die arbeitende Bevölkerung ab.

Ein vernünftiges Bildungssystem mit anständigen Tariflöhnen und Arbeitsbedingungen können wir nur erkämpfen, wenn wir uns dem wahnwitzigen Kurs von Aufrüstung und Kriegshetze klar entgegenstellen. Doch die Führungen von GEW und ver.di tun das nicht. Genau wie die Führung von Linkspartei und SPD unterstützen sie die NATO. An der Seite von Scholz und dann Merz forderten sie Sanktionen gegen Russland. Unser Gegner hier ist aber nicht Putin, um den müssen sich unsere russischen Kollegen kümmern, so wie die ukrainischen Arbeiter mit der Selenski-Bande aufräumen müssen. Unser Hauptfeind sind die imperialistischen Kriegstreiber in Deutschland, allen voran die Merz-Regierung.

Wenn man die Regierung unterstützt, kann man nicht deren Sparattacken zurückschlagen, denn das könnte sie zu Fall bringen. Wenn man die NATO unterstützt, kann man sich weder dem Aufrüstungswahn entgegenstellen noch den Kürzungen, die ja zentral dazu dienen, die Bundeswehr und NATO zu bewaffnen. Das ist der politische Hintergrund, warum es immer wieder zu miesen Abschlüssen in den letzten Jahren kam, warum der Kampf meist nur symbolisch mit ein paar Warnstreiks geführt und so schnell es ging beendet wurde. Wir müssen uns organisieren und gemeinsam für einen Kurswechsel von GEW und ver.di kämpfen.

Es brodelt unter den Kollegen und der Unmut ist groß. Gleichzeitig wurden die Lehrer durch die Verbeamtungswelle in Berlin geschwächt, während die Angriffe im Bildungsbereich zunehmen. Umso wichtiger ist es, den Kampf so breit wie möglich zu führen. Bei den letzten Streikversammlungen der GEW in Berlin wurde immer wieder ein gemeinsamer Kampf mit ver.di gefordert. Es ist daher enorm wichtig, dass es gemeinsame Warnstreiks mit ver.di gab. Es ist richtig und wichtig, dass die GEW ihre Mitglieder aufruft mit zu streiken, wenn ver.di in einer Einrichtung ihre Mitglieder zum Streik aufruft. Das muss überall und bei allen Gewerkschaften zur Regel werden!

Damit die gemeinsame Kampffront über das Symbolische hinausgeht, braucht es ein klares Abkommen von ver.di und GEW, dass keiner mit dem Tarifkampf aufhört, bis die Forderungen ALLER erfüllt sind. Nur so können wir die Teile-und-Herrsche-Taktik der Länderbosse ernsthaft durchkreuzen. Nur so kann von gemeinsamem Kampf wahrhaftig die Rede sein.

Gewerkschaftsaktivisten und Linke müssen sich zusammenschließen und in ver.di und GEW für einen Kurswechsel und eine neue Führung kämpfen, eine Führung, die klar gegen NATO und Aufrüstung steht, und die entschlossen für die Interessen ihrer Mitgliedschaft kämpft.■

NEIN zur NATO und Regierung!

Das Massaker an Industriearbeitsplätzen muss aufhören!

Stoppen wir es jetzt! Auch in Marienfelde!

Im Mercedes-Benz-Werk in Berlin-Marienfelde hat sich eine Gruppe von Arbeitern – Betriebsräte, Vertrauensleute und einfache IG Metaller – zusammengeschlossen, die die Zerstörung ihrer Arbeitsplätze nicht kampflos hinnehmen wollen. Trotz unterschiedlicher politischer Standpunkte sind sie vereint in ihrer Opposition gegen den derzeitigen Kurs ihrer Gewerkschaft, der den rücksichtslosen Kahlschlag an Hunderttausenden Arbeitsplätzen in Deutschland nicht nur akzeptiert, sondern ihn durch sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und Treue zur liberalen CDU/SPD-Regierung ermöglicht.

Wir unterstützen ihren gerechten Kampf aus vollem Herzen und drucken hier und auf den folgenden Seiten drei ihrer wichtigsten Flugblätter ab. Die Industriearbeiterklasse steht vor einer Schicksalsstunde. Für die deutschen Kapitalisten ist das „Modell England" – ein deindustrialisiertes Land mit einer geschlagenen Arbeiterklasse – eine Option. Für die Arbeiter in diesem Land bedeutet es den freien Fall nach unten. Damit wird nicht nur ihre Lebensgrundlage, sondern die Existenz gerade der Kraft zerstört, die den Kampf gegen das verfaulende, kapitalistische System anführen könnte. Wir appellieren an alle Linken, Opposition gegen den NATO-Kurs der Gewerkschaftsführungen und gegen die Deindustrialisierung auf ihre Fahne zu schreiben. Bringen wir gemeinsam den Kampf für einen Kurswechsel der Gewerkschaften voran! Unterstützt die „Autoarbeiter für eine kämpfende IG Metall"!

* * *

Auch vier Wochen nach dem letzten Verhandlungstermin hält es unser BR-Vorsitzender nicht für nötig, uns Kollegen das Ergebnis der sogenannten Zielbild-Verhandlungen mitzuteilen. Aber jeder weiß schon jetzt, dass der Kahlschlag der letzten Jahre fortgesetzt werden soll. Nachdem sich viele Kollegen nach dem 1. Zielbild von IGM-Spitze und BR-Mehrheit verraten gefühlt haben, droht jetzt ein erneutes Einknicken. ***Das Zielbild 2.0 für Mercedes-Benz in Berlin-Marienfelde bedeutet nichts anderes als den Tod auf Raten***. Neben der Linie für den Axialflussmotor wird es weiterhin keine nennenswerten Investitionen in unser Werk geben. Die paar Jobs für Tauschmotoren und EEC-Aufstockung sind Augenwischerei. Wenn ihre Zahlen nicht erreicht werden, soll es Zwangsverschickungen in andere Werke quer durch ganz Deutschland geben. Der Teilverkauf des Werkes wird weiterbetrieben, wenn auch zeitlich gestreckt. Unsere Kollegen bei den Werkvertragsfirmen trifft es noch härter: Projektlogistik GmbH entlässt jetzt 10 % ihrer Belegschaft im Werk… als Dankeschön gibt's 300€ „Bewerbungsprämie". Mit Auslauf der „Zukunftssicherung 2035" werden wir geschwächter dastehen als je zuvor. Und selbst die Zusi ist nichts als ein Stück Papier, was sie jederzeit zerreißen können, wenn die Krise größer wird.

Die Bosse und die Regierung sind entschlossen, die Strukturkrise der deutschen Automobilindustrie, die sie selbst verursacht haben, von uns Arbeitern bezahlen zu lassen. ***Wir für unseren Teil sind entschlossen, das nicht länger tatenlos hinzunehmen.*** Seit 2020 haben wir in mehreren Demonstrationen, Blockaden und Kundgebungen dem Management unmissverständlich klargemacht, was wir von ihren Kahlschlagsplänen halten. Jeder Autoarbeiter in diesem Land weiß mittlerweile: ***Ihr Gefasel von Transformation bedeutet schlicht und einfach, wir sollen die Zeche zahlen***. Wir haben jahrzehntelang Verbrenner gebaut, die zu den besten der Welt zählen. Eine reine Fixierung auf Elektromobilität lehnen wir ab. Jeder einfache Schrauber beim Daimler muss es sich wieder leisten können, einen Mercedes zu fahren. Wir wollen anständig bezahlte Industriejobs, die uns und unsere Familien ernähren können. Wir wollen eine Zukunft für unsere Kinder.

Wir fragen uns außerdem, wie es sein kann, dass die IGM-Spitzen und unsere Betriebsrats-Mehrheit diesen miesen Deals über unsere Köpfe hinweg zustimmen. Findet ihr das demokratisch? Statt die ganze Kraft unserer Gewerkschaft zu mobilisieren, wollte uns unser Bevollmächtigter Jan Otto (wohl Mitglied der Grünen und jetzt IGM-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen) allen Ernstes den kapitalistischen CDU-Bürgermeister Kai Wegner als Freund der Arbeiter präsentieren. Zusammen mit unserem damaligen BR-Vorsitzenden Michael Rahmel pries er uns das katastrophale Zielbild 1.0 als kolossalen Erfolg an. Die BR-Mehrheit klatschte Beifall. Unser jetziger BR-Vorsitzender Fevzi Sikar hat die (absolut richtige!) rote Linie von 2.000 Beschäftigten Minimum, von der er seit letztem Jahr redet, jetzt fallengelassen.

Wir wissen, dass am Ende von Verhandlungen ein Kompromiss stehen kann. Nur gingen die Kompromisse der letzten Jahre immer zu unseren Lasten. ***Unser Problem ist, dass die IG Metall nicht kämpft***. Und wer nicht kämpft, verliert auf jeden Fall. Die Kürzungsorgie der deutschen Autobosse wird nicht als das beantwortet, was sie ist: ***eine Kriegserklärung an uns Arbeiter***. Warum wird bei VW mit einem Orga-

Für eine starke, *kämpfende* IG Metall!

nisationsgrad in den deutschen Werken von über 90% (!) kein Streik gegen diesen Wahnsinn organisiert? ***Die IGM-Spitze tut nichts, was die Regierung irgendwie in Bedrängnis bringen könnte***. Der Grund dafür? Sie unterstützen voll deren Pro-NATO-Kurs: „Russland ruinieren“ und die Ukraine bis an die Zähne bewaffnen. Dieser Größenwahn hat den Niedergang ganzer Industrien zur Folge. Für Aufrüstung, Militarisierung und Sanktionen sollen „wir alle“ den „Gürtel enger schnallen“. ***„Wir alle“ heißt in der Praxis: Wir Arbeiter sollen dafür blechen***. Wann hat die IGM das letzte Mal wirklich etwas erkämpft, das jeder Arbeiter deutlich im Portemonnaie spüren konnte? Die seit Jahren mickrigen Lohnerhöhungen bedeuten Reallohnverlust.

Spartakist

1. Mai, Berlin, Autoarbeiter-Gruppe mit ihrem Banner. Sie sind im gemeinsamen Block mit IG Metallern von Tesla marschiert

Davon angewidert wenden sich etliche Metaller von unserer Gewerkschaft ab. Wir können nicht mehr zählen, wie viele Kollegen wir zu überzeugen versucht haben, ***nicht*** aus der IG Metall auszutreten. Wir sehen mit großer Sorge, wie der aktuelle Stillhalte-Kurs der IGM-Führung unsere Gewerkschaft massiv schwächt. ***Dabei brauchen wir eine starke IG Metall***, die uns in den Stürmen, die auf uns zukommen werden, verteidigt. ***Eine Gewerkschaft ist eine Kampforganisation*** und kein Wahlhilfeverein für SPD, Linkspartei, Grüne oder CDU. Die Bosse müssen wieder Angst bekommen, wenn die IG Metall zur Aktion ruft. Um dort hinzukommen, ***brauchen wir einen neuen Kurs in unserer Gewerkschaft***.

Als konkreten Schritt in diese Richtung *fordern wir die Vorbereitung von Streiks in allen deutschen Autowerken, die so lange andauern, bis der Stellenabbau in allen Werken gestoppt ist*. Zahnlose Proteste bringen nichts mehr. Die lassen sie über sich ergehen. Wir müssen dort ansetzen, wo sie es spüren.

Wir wissen, dass wir als kleines Werk mit dem Rücken zur Wand stehen und bereits jahrelang ausgeblutet wurden. Aber wir wissen auch, dass unsere Kollegen in den anderen Werken vor den gleichen Problemen stehen (werden) wie wir. Das alte IFA-Werk in Ludwigsfelde soll abgewickelt werden. Die Kollegen in Untertürkheim müssen seit Jahren mitansehen, wie tausende Arbeitsplätze abgebaut werden. Den VW-Kollegen wurde es heftig reingewürgt. Wenn wir in jedem Werk und jedem Betrieb allein kämpfen, können wir nur verlieren. ***Gemeinsam hingegen können wir es schaffen, das Ruder in diesem Land endlich wieder zugunsten von uns Arbeitern herumzureißen***.

Nehmt Kontakt mit uns auf und *unterschreibt unsere Petition an den Vorstand der IG Metall!* Macht sie bei allen Kollegen und Freunden bekannt, die ihr in anderen Werken und anderen Betrieben kennt! Fordert eure Vertrauensleute und Betriebsräte auf, sich hierzu zu positionieren! Tretet wieder in die IGM ein, um unseren Kampf zu unterstützen! Lasst uns darüber austauschen, was die nächsten Schritte sein müssen!

Berlin, 1. November 2025

Petition

An
- Bezirksleitung IG Metall Berlin, Brandenburg, Sachsen
- Bundesvorstand IG Metall Frankfurt am Main

Wir, Arbeiter des Mercedes-Benz-Werkes Berlin-Marienfelde, fordern:

1. Kein weiterer Stellenabbau in unserem Werk! Keine Entlassungen! Kampf um alle 2.000 Arbeitsplätze sowohl bei Festangestellten als auch bei Leiharbeitern und Werkvertraglern!

2. Keine Zwangsverschickungen in andere Werke!

3. Sofortige Beendigung des Verkaufs eines Teils unserer Werksfläche!

4. Unsere IGM muss einen Streik in allen deutschen Autowerken vorbereiten, der so lange andauert, bis der Stellenabbau gestoppt ist. Sie bedrohen nicht nur uns, sondern auch unsere Kollegen in Ludwigsfelde, Untertürkheim, Wolfsburg usw. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!

Stammbelegschaft raus, 150 Leiharbeiter rein?

Lassen wir uns nicht spalten! Neueinstellungen nur direkt und unbefristet!

Die Werkleitung (WL) behauptet: Um den Anlauf des Axialflussmotors (AFM) zu stemmen, müssen mindestens 150 Leiharbeiter eingestellt werden – vorerst bis Jahresende befristet. Gleichzeitig geht gemäß Zielbild 2.0 der Stellenabbau der Stammbelegschaft weiter. Etliche Kollegen empfinden dies zu Recht als Schlag ins Gesicht. Über Jahre die Kollegen raustreiben und jetzt nicht genug Leute für den AFM-Anlauf? „Unterm Strich ein Austausch der Belegschaft“ äußerten viele. Relativ gute Industriearbeitsplätze abbauen und unsichere 2.-Klasse-Jobs reinholen. Was soll diese Spaltung?!

Gleichzeitig werden ca. 200 Kollegen, die dem werksinternen „Arbeitsamt“ zugeordnet sind, ewig nicht in die Abteilungen überschrieben, in denen sie eingesetzt sind – teilweise seit zwei Jahren. Dieser Zustand ständiger Unsicherheit soll uns mürbe machen. Zahlreiche Kollegen schieben bei chronischem Personalmangel seit zwei Jahren Überstunden, um den erfolgreichen AFM-Anlauf sicherzustellen, während die WL unsere fähigsten Arbeiter und Ingenieure aus dem Unternehmen treibt.

Es besteht die reale Gefahr, dass durch den Leiharbeiter-Einsatz die Stammbelegschaft weiter reduziert wird. Im Zielbild 2.0 ist vereinbart, dass bei unter 1.500 die Abfindungen und Frühpensionierungen gestoppt werden. Wenn nun aber die Leiharbeiter als Teil dieser 1.500 gezählt werden, kann die WL weiter Stammbeschäftigte loswerden ... und am Ende auch die Leiharbeiter. Ergebnis: eine Beschäftigtenzahl unter 1.500.

Der Leiharbeiter-Einsatz ist zustimmungspflichtig durch den Betriebsrat. Aber die Personalkommission des BR hat bereits den Einsatz der ersten 53 Leiharbeiter abgenickt. Sie wurden bereits von DEKRA und Randstad geschickt und werden angelernt. Für viele nicht der erste Einsatz im Werk. Mit einigen haben wir bereits zusammen am OM642 geschraubt.

Wenn sie Arbeitskräfte brauchen, dann sollen sie anständig einstellen und den Stellenabbau beenden! ***Es ist höchste Zeit, dass unsere Gewerkschaft für folgende Forderungen in Aktion tritt***:

- ➤ Schluss mit dem Stellenabbau im Werk!
- ➤ Schließt das Arbeitsamt! Umschreibung ***aller*** Kollegen in ihre aktuellen Abteilungen!
- ➤ Unbefristete Übernahme der bereits eingesetzten Leiharbeiter!
- ➤ Der BR muss alle zukünftigen Anträge auf Leiharbeiter-Einsatz an die WL zurückverweisen mit der Forderung: ***Neueinstellungen nur direkt und unbefristet!***

Die WL wird es natürlich ablehnen. Also muss es von uns durchgesetzt werden! Zum Beispiel mit zeitlich unbegrenzten Betriebsversammlungen! Mit einem BR, der alles abnickt, und einer IGM-Führung, die Stillhalte-Politik predigt, ist das unmöglich. Durch unsere 60+ Kollegen wissen wir aber: Solche Zustände sind kein Naturgesetz, das man einfach hinnehmen muss. Wir brauchen kämpferische Betriebsräte und einen anderen Kurs in der IGM, der Arbeiterinteressen mit Mitteln durchsetzt, die wirksam sind. Werdet selbst aktiv und tretet mit uns in Kontakt! Macht Druck auf eure Vertrauensleute und Betriebsräte, diese 4 Punkte durchzusetzen!

In Diskussionen mussten wir feststellen, dass ein Teil der Kollegen Verständnis für die WL äußert. Sie halten Leiharbeiter-Einsatz für legitim, um Auftragsspitzen abzudecken. Es besteht die Hoffnung, dass die Bosse, wenn man ihnen dieses Mittel zugesteht, die Stammbelegschaft nicht attackieren und nicht weiter Produktion ins Ausland verlagern werden.

Aber die Erfahrung der letzten drei Jahrzehnte hat bewiesen, dass dies ein Trugschluss ist. Nachdem der Einsatz von Leiharbeit begrenzt wurde, gingen die Kapitalisten dazu über, massenhaft Werkverträge auszuschreiben. Bei den Sub-Firmen können unbegrenzt Leiharbeiter eingesetzt werden. So wurde in allen Autowerken ein Zustand geschaffen, bei dem ***dauerhaft*** ein großer Teil der Mannschaft in einem 2.-Klasse-Status gehalten wird (bei uns im Werk ca. 20–30 %).

Die IGM-Führung hat diese Spaltung der Arbeiterschaft mitgetragen und damit unsere Gewerkschaft geschwächt. Und, hat sich der Verzicht ausgezahlt? Für uns Arbeiter nicht! Die Produktion wird ***trotzdem*** verlagert und unsere Jobs geschreddert (ganz zu schweigen von den Reallohnverlusten der letzten Jahre).

Hunderte externer Kollegen in unserem Werk können ein Lied davon singen, was es heißt, Arbeiter 2. (oder 3.) Klasse zu sein. Längere Wochenarbeitszeit, weniger Lohn, weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld, keine Gewinnbeteiligung. Aber selbst wenn Leiharbeiter bei 35h einen Lohn auf unserem EG4/5-Niveau bekommen, bleibt das Hauptproblem: Du musst aufpassen, wenn du deinen Mund aufmachst, und über dir schwebt ständig die Gefahr, auf die Straße gesetzt zu werden. Und das über Jahre! Und trotzdem haben auch viele externe Kollegen unsere Petition an den IGM-Vorstand unterschrieben.

Kollegen, die sich fragen „Was gehen uns die Leiharbeiter an?“, sagen wir: Kampf gegen Leiharbeit und Werkverträge ist kein Akt von Wohltätigkeit, sondern im ureigensten Interesse eines jeden Stammbeschäftigten. Denn diese Spaltung schwächt uns Arbeiter ***als Ganzes***. Erstens durch Lohndruck auch auf die Stammbelegschaft. Und zweitens wird der Kreis der Stammbelegschaften im ganzen Land immer kleiner. Wir dürfen es nicht zulassen, dass ein Teil von uns weitgehend rechtlos in einem 2.-Klasse-Status buckelt. So kommen wir ***alle*** nicht voran. Die Kapitalseite wird sich mit unseren Zugeständnissen nie zufrieden geben. Im Endeffekt sollen wir Arbeiter unser Leben nach den Schwankungen des Marktes ausrichten, um ihre Profite zu sichern. Das kann nicht die Zukunft für uns und unsere Kinder sein!

Berlin, 12. Februar 2026

Berliner Mercedes-Arbeiter sagen:

Für eine starke IG Metall bei TESLA!

Spartakist

An alle Arbeiter der Tesla Giga Factory in Grünheide: Wir, Arbeiter im Mercedes-Benz-Werk in Berlin-Marienfelde, unterstützen euren Kampf aus vollem Herzen! Ihr könnt Geschichte schreiben. Macht euer Werk zur weltweit ersten Tesla-Fabrik mit Tarifbindung! Dazu müsst ihr gewerkschaftliche Macht in eurem Betrieb aufbauen.

- → Tretet in unsere IG Metall ein!
- → Wählt Liste 1!

Elon Musk, der reichste Mann der Welt, und seine deutschen Laufburschen in eurer Werkleitung sind fanatisch gewerkschaftsfeindlich. Sie wollen willige Arbeitsknechte, die alles mit sich machen lassen. Ihr könnt diesem Größenwahn Einhalt gebieten. Sie brauchen euch. Auch Elektroautos bauen sich nicht von allein.

Wir produzieren nur 35 km voneinander entfernt hochwertige Autos bzw. PKW-Komponenten.
Also sollten wir auch die gleichen Arbeitsbedingungen haben!

- → die gleichen Löhne
- → die gleiche 35h-Arbeitswoche
- → das gleiche Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- → die gleichen Schichtzulagen

Als einzelner Arbeiter bist du deinem Boss gegenüber machtlos. Mit einer Gewerkschaft kann so etwas durchgesetzt werden. Es muss Schluss sein mit den menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in eurem Werk:

- → Arbeitsplätze und Taktzeiten, die nicht krank machen!
- → Zusätzliche Pausen an den Bändern!
- → Krankmeldungen ohne Schikane und Hausbesuche
- → Schluss mit der Nasenpolitik bei Eingruppierungen!
- → Übernahme der Leiharbeiter!
- → Freie gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb!
- → Schluss mit dem Ausspionieren der Belegschaft!
- → Achtung eurer Würde! Keine Respektlosigkeiten durch Vorgesetzte!

Unser Management ist kein Stück besser. Källenius beschwerte sich über Arbeiter in Deutschland:

„Es darf nicht so einfach sein, sich krankzumelden." (SZ, 12.12.2024) In den US-Südstaaten – seit Jahrzehnten gewerkschaftsfeindlich – haben sich die deutschen Autobauer eine goldene Nase verdient. Jason Wade von der UAW (US-Autoarbeiter-Gewerkschaft) berichtete kürzlich: „Als die Beschäftigten begannen, sich zu organisieren, reagierte Mercedes mit einer aggressiven Anti-Gewerkschafts-Kampagne – mit Angst, Druck und Einschüchterung." (FAZ, 9.2.2026) In den deutschen Autowerken können sie sich nicht uneingeschränkt so aufführen wie auf einer Plantage. Dafür gibt es am Ende nur den einen Grund: ihre Angst vor 2 Millionen in der IG Metall organisierten Arbeitern.

Aber auch wir in Marienfelde stehen vor riesigen Problemen. Wie in allen deutschen Autowerken, sind wir mit einem Management konfrontiert, das rücksichtslos Industriearbeitsplätze vernichtet.

Von ehemals 3600 sollen wir auf unter 1500 reduziert werden. Unsere Gruppe, Autoarbeiter für eine kämpfende IG Metall, hat sich zusammengetan, um genau dagegen vorzugehen. Unsere Kollegen beobachten den Kampf der IG Metall bei Tesla sehr aufmerksam. Denn auch wir brauchen wieder eine Gewerkschaft, die eine Kampforganisation ist. Lasst uns in Verbindung treten! Eine Allianz von Tesla-, Mercedes- und BMW-Arbeitern im Berliner Raum könnte eine Kraft sein, die gewerkschaftliche Macht in der Hauptstadt durchsetzt!

Tesla-Kollegen:
Wählt Liste 1 (IG Metall Tesla Workers)!

Berlin, 27. Februar 2026

Autoarbeiter für eine kämpfende IG Metall

Wir sind eine Gruppe von kämpferischen Kollegen aus unterschiedlichen Werksbereichen. In unseren Reihen findet ihr Arbeiter und Arbeiterinnen unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Zu uns zählen sowohl einfache IG-Metall-Miglieder als auch Vertrauensleute und Betriebsräte.

Kontakt: autoarbeiter.kampf@proton.me

Hamburger *Hafenarbeiter für eine kämpferische ver.di* sagen: Verteidigt den GHB Land Bremen

sozialismus.click

Hafenkomitee@proton.me

8. April, Bremerhaven, 400 Hafenarbeiter aus Bremen, Bremerhaven, und Hamburg demonstrieren für den Erhalt des GHB. Rechts: Hafenarbeiter für eine kämpferische ver.di haben in Hamburg zur Unterstützung der Kollegen mobilisiert und waren vor Ort

Dieses Flugblatt wurde vor mehreren Hamburger Hafen-Terminals verteilt, um Hamburger Kollegen für die GHB-Demo am 8. April in Bremerhaven zu mobilisieren. Die Hafenarbeiter für eine kämpferische ver.di *kämpfen dafür, den Erhalt des GHB Bremerhaven mit der kommenden Tarifrunde zu verknüpfen. (Siehe den auf Seite 19 abgedruckten Handzettel mit Forderungen für die Tarifrunde.) Über Jahre hat die oberste ver.di-Führung in diesem Bereich Verschlechterungen und Spaltungen hingenommen. Das zeigt uns, dass wir für einen Kurswechsel kämpfen müssen.*

Wieder einmal drohen die Hafenbosse mit Insolvenz beim GHB im Lande Bremen, um noch mehr Flexibilisierung und Verschlechterungen durchzusetzen. Wie die Kollegen aus Bremen und Bremerhaven in ihrem Aufruf zur Demo am 8. April sagen: Ein Angriff auf den GHB ist ein Angriff auf alle. Wir von den *Hafenarbeitern für eine kämpferische ver.di* begrüßen euren Kampf und rufen die Hamburger Hafenarbeiter auf, am 8. April nach Bremerhaven zu kommen, um die Kollegen des GHB dort zu unterstützen. Ver.di mobilisiert in Hamburg, damit aber möglichst viele Kollegen zur Demo gehen können, wäre es am besten, wenn ver.di zu einer vierstündigen Arbeitsniederlegung aufruft.

Sowohl in Bremerhaven beim Kampf um den Haustarif als auch in Hamburg beim Kampf gegen den MSC-Deal hat sich gezeigt, dass wir aus unserer Gewerkschaft eine kämpferische Organisation machen müssen. Die Kollegen im Autoumschlag haben bereits den schlechtesten Tarif und jetzt wollen die Bosse der Hafeneinzelbetriebe wieder alle Risiken hauptsächlich auf den GHB abwälzen. Das kennen wir auch in Hamburg, wir werden älter, sollen aber mehr arbeiten. Bei Eurogate Hamburg benutzen sie Teilzeitmodelle und bei der HHLA CTX, um Flexibilisierung auf die Arbeiter abzuwälzen. Es gibt Auslagerungen bei angeblich weniger profitableren kleinen Terminals und Betriebsteilen. Aushöhlung der GHB-Tarife und unsichere Arbeitsplätze. Was weg ist, ist weg. Während die Hafenbosse die Gewinne einfahren, sollen wir bezahlen und zurückstecken?! NEIN! Beim GHB in Bremerhaven ist ein Sieg notwendig, um Errungenschaften abzusichern.

Hafenbosse raus aus den Einteilungen! Deren Interessen sind unseren entgegengesetzt, wir brauchen bessere und gerechtere Einteilungen, von ver.di organisiert. Automatisierung muss zu Gunsten der Beschäftigten! Der Druck auf uns kommt nicht nur von den Hafenbossen, Merz und Klingbeil geben mit vollen Händen Geld aus, um Ukraine und Israel zu unterstützen. Kriegspolitik und NATO-Mitgliedschaft läßt Abgaben und Spritpreise explodieren. Die Kosten werden auf uns abgewälzt. Ein Fallenlassen der Sanktionen gegen Russland und Iran würde dagegen mehr Arbeit und Jobs für Hafenarbeiter bedeuten, dort und hier. Ver.di muss den Kampf kämpferisch führen. Das geht nicht, wenn man Verständnis für die Hafenbosse hat. Lasst uns eine Allianz der Hafenarbeiter aufbauen, damit sie uns nicht gegeneinander ausspielen können.

Alle zusammen für den Erhalt des GHB im Lande Bremen.

Keine Flexibilisierung!
Keine Verschlechterungen!
Keine Entlassungen!

Handzettel aus dem Hafen: „Tarifforderung: Erhalt des GHB!“

Hamburg, 5. Mai 2026

Liebe Kollegen,

in diesen Tagen beginnen die Tarifbotschafter mit der Befragung aller Beschäftigten der Seehäfen, um unsere Forderungen für die Tarifrunde 2026 festzulegen. Wir von den *Hafenarbeitern für eine kämpferische ver.di* schlagen vor, folgende Forderungen auf die Abfragezettel zu schreiben:

- 5 € mehr pro Stunde und mehr Freizeit!
- Erhalt des GHB ohne Verschlechterungen!
- Streichung der unteren drei Lohngruppen!

„Die Lage hoffnungslos“, oder doch nicht? Auf jeden Fall ist sie schwierig und komplex, der Hafentarif ist ein Flickenteppich. Der Hafen brummt zwar, aber uns wird nichts geschenkt. Eine Forderung, die sich unter Kollegen abzeichnet, ist „Mehr Freizeit“. Wir werden immer älter, sollen aber auch immer flexibler werden, eine Zumutung! „Erhalt des GHB“ bezieht sich auf den GHB Bremerhaven, wo unter der Drohung der Insolvenz weitere Verschlechterungen gefordert werden, wobei die Hafenwirtschaft die Arbeit der GHBler gar nicht richtig bezahlt. Wenn das Schule macht, sind wir alle betroffen. „Streichung der unteren drei Lohngruppen“ zielt auch darauf, die Lage der Lascher zu verbessern, von denen die meisten automatisch in die 4 aufsteigen würden. Auch die 5 € pro Stunde würde die unteren Lohngruppen mehr anheben als eine rein prozentuale Erhöhung. **5 € sind aber auch das absolute Minimum.** Ein Kampf dafür wird uns helfen, die Unzufriedenen zum Wiedereintritt in ver.di zu bewegen.

Mit dem dieses Jahr verbindlichen Feedback haben wir das Sagen und können alle schlechten Kompromisse ablehnen. Dafür braucht es natürlich auch Druck und wir müssen bereit sein, dafür zu streiken. Letztes Jahr ist die BTK vor den Bossen eingeknickt und hat uns am ersten (!) Verhandlungstermin einen Tarifabschluss untergejubelt, der uns weiter spaltet. Angesichts der deutschen Unterstützung der Ukraine und Israels, der Aufrüstung und der Sozialkürzungen wollten die Hafenbosse Ruhe im Karton haben und (Warn-)Streiks verhindern. Das wollen sie auch dieses Jahr. Um wirklich zu bestehen und was rauszuholen, müssen wir uns als Hafenarbeiter in ver.di jetzt zusammentun und organisieren, damit die BTK nicht mit einem Kurs wie letztes Jahr durchkommt. Und dafür, dass unsere Gewerkschaft ohne Wenn und Aber für unsere Interessen eintritt.

Ein Hafen – ein Kampf!

Info und Diskussion: 0170 8862306

linktr.ee/hafkom

Hafenarbeiter

Für eine kämpferische ver.di

An die LAG Palästinasolidarität in Hamburg:

Kampf für Palästina erfordert Kampf gegen zionistischen Kurs der Partei

Der folgende Brief wurde am 11. Juni an die LAG Palästinasolidarität Hamburg geschickt.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Am 20. Mai veröffentlichten einige führende Mitglieder der Palästinasolidarität in Hamburg eine Erklärung mit dem Titel „Gegen Spaltung und Sektierertum – für die solidarische Einheit der Palästinasolidarität". Entgegen dem vielversprechenden Titel wettert die Erklärung gegen die SpAD und den antiimperialistischen Pol in Die Linke: „Sie insinuieren mehrfach, man müsse bloß ‚Schwerdtner, van Aken & Reichinnek loswerden' und den Ausschluss des wahlweise als ‚pro-imperialistisch[...]' oder als ‚pro-zionistisch' bezeichneten Vorstandes unserer Partei erreichen - und schon hätte die Arbeiter*innenklasse einen ganz, ganz großen Sprung nach vorne gemacht." Wir bekennen uns schuldig.

Allerdings müssen wir klarstellen, dass es uns nicht darum geht, die Parteiführung durch bürokratische Manöver zu ersetzen. Vielmehr führen wir einen politischen Kampf, um den linken antiimperialistischen Flügel der Partei davon zu überzeugen, selbst um die Führung der Partei zu kämpfen und Schluss zu machen mit einer falschen Einheit mit pro-imperialistischen und pro-zionistischen Kräften, die den Kampf für Palästina torpedieren. Genau deshalb geht unsere energische Verteidigung von Ramsis Kilani und allen anderen Aktivisten für die Palästinenser, die aus der Partei ausgeschlossen wurden, einher mit unserem Kampf, die pro-zionistische und pro-imperialistische Führung rauszuwerfen.

Unserer Perspektive einer antiimperialistischen Einheit setzt die Hamburger LAG-Führung ihre Perspektive entgegen: „Die LAG Palästinasolidarität der Partei Die Linke Hamburg will stattdessen, ausgehend vom Beschluss ‚Für gleiche Rechte im Nahen Osten / Westasien – gegen Rassismus und Antisemitismus', den der 10. Hamburger Landesparteitag getroffen hat, hier und heute konkret für die Solidarität mit Palästina arbeiten und dabei unsere internationalistische Pflicht erfüllen!" Dieser Antrag des 10. Hamburger Landesparteitags basierte auf dem gleichnamigen Antrag des Parteivorstands für den kommenden Bundesparteitag im Juni. Andere Genossen in Die Linke haben den Antrag des Parteivorstands gründlich und vollkommen zu Recht scharf kritisiert, siehe zum Beispiel „Kein Frieden ohne Gerechtigkeit – Kritik des Antrages des Bundesvorstandstandes der Linkspartei" (7. Mai) von der Gruppe Arbeiter:innenmacht, unter anderem führend aktiv in der BAG Palästina.

OFFENER BRIEF

Ferat Koçak, du musst dich entscheiden:

Linke Opposition oder linkes Feigenblatt?

iclfi.org/pubs/spk/227/brief

Eine Unterstützerin von uns hatte im LAG-Chat zu dem überarbeiteten Antrag der Hamburger LAG-Führung ausgeführt, er

„kapituliert in zentralen politischen Fragen vorm Zionismus und dem rechten Flügel der Partei, insbesondere:

- *Anerkennung des Staates Israel*
- *‚Die Bundesregierung soll Palästina als eigenen Staat in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt anerkennen, um so die Möglichkeiten einer gerechten, das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser*innen als auch von Jüdinnen*Juden in Israel und Palästina verwirklichenden Politischen Lösung zu stärken und damit einen nachhaltigen Friedensprozess in Israel und Palästina zu befördern.'*
- *er verurteilt die Hamas (nicht die IDF!) und fordert, sie müsse ‚ihren bewaffneten Kampf, ihr Ziel einer Zerstörung Israels und ihre Diktatur in Gaza aufgeben, um den Weg zu Frieden und demokratischer Selbstregierung der Palästinenser*innen frei zu machen'.*

Israel anzuerkennen, ob nun in den Grenzen von 1948 oder 1967, nimmt die Nakba de facto als Status quo hin und ist ungerecht. Wir brauchen ein Rückkehrrecht ALLER Palästinenser! Ohne das wird es keinen Frieden im Nahen Osten geben. Die Entwaffnung der Hamas fordern bedeutet die Entwaffnung der Palästinenser angesichts der Völkermordoffensive Israels. Ja, die Hamas ist religiös und in vielen Fragen reaktionär, ihre Politik und ihre Methoden sind nicht dazu geeignet, für die Freiheit der Palästinenser zu sorgen, und tragen beispielsweise zur Zementierung der zionistischen Einheit der Arbeiter in Israel mit ihren Unterdrückern bei. Aber sie ist zentraler Teil des palästinensischen Widerstands und steht damit auf unserer Seite gegen die Bundesregierung, Israel, die USA. Der Antrag stellt sich mit dieser Forderung auf die Seite der Imperialisten und Zionisten.

Dass Genossen der LAG Palästina-Soli solch einen Antrag eingereicht und dafür gestimmt haben, ist eine Kapitulation und das habe ich bei meinem Redebeitrag bei der Veranstaltung ‚Hafenarbeiter aller Länder' am Sonntag, den 10. Mai gesagt und dazu stehe ich.

Die Genossen der LAG, die diesen Antrag gestellt haben, sind in die Falle einer falschen Einheit gelaufen. Um die Partei nicht zu spalten, haben sie Kernpositionen des zionistischen rechten Flügels akzeptiert. Aber es geht nur eines: Kampf für die Palästinenser **oder** *Einheit mit Zionisten, Kampf gegen die Bundesregierung* **oder** *Einheit mit den Unterstützern der Bundesregierung, Kampf gegen Sozialkahlschlag, Aufrüstung und Nato* **oder** *Einheit mit den Nato-Unterstützern."*

In der Polemik wird unsere Kritik an der Politik der Jüdischen Stimme denunziert: „Wir verurteilen diese Herabwürdigung der Jüdischen Stimme und bekräftigen unsere Solidarität mit dieser von vielen Seiten bedrängten und Repressionen ausgesetzten demokratischen Organisation." Um das klarzustellen: Wir Kommunisten haben die Jüdische Stimme ohne Wenn und Aber gegen die Staatsrepression verteidigt und werden das weiterhin tun. Aus diesem Grund haben wir auch mit anderen Genossen in der LAG gemeinsam die Veranstaltung „Solidarität mit der Jüdischen

Stimme“ am 25. März in Hamburg aufgebaut.

Unsere Kritik dabei hat nichts mit Herabwürdigung zu tun. Vielmehr ist sie Teil unserer Bemühungen, die Palästina-Bewegung auf einen Kurs zu bringen, der sich auf die Arbeiterklasse stützt und wirklich Druck macht, weg von den liberalen wirkungslosen Appellen an die Bundesregierung. Es war doch genau diese politische Ausrichtung, die die Bewegung in die Sackgasse getrieben und dazu geführt hat, dass die unter breiten Massen vorhandene Solidarität mit Palästina nicht in schlagkräftige Aktionen kanalisiert werden konnte.

Die jetzige liberale Sackgasse und die notwendige Ausrichtung auf die Arbeiterklasse werden von Teilen der Bewegung erkannt. Erinnern wir uns an die LAG-Veranstaltung mit der Jüdischen Stimme am 25. März. In der Debatte stimmte uns Wieland Hoban, Vorsitzender der Jüdischen Stimme, zu, dass es notwendig ist, einen Kampf mit der Führung in den Gewerkschaften zu führen. Das sei zwar schwierig, aber wenn man es nicht versucht, dann passiert es halt auch nicht. Richtig! Unsere Polemik richteten wir gegen die Teile der Politik der Jüdischen Stimme, die ihr selbst und damit unserer Bewegung den Zugang zur Arbeiterklasse verstellen, wie etwa der deutschen Arbeiterklasse eine Mitschuld am Holocaust zu geben.

Auch das „Stop Nakba Now!“-Camp wurde doch deshalb nach Hamburg verlegt, weil hier die Hafenarbeiter sind. Viele Linke wollen die Waffenlieferungen über den Hamburger Hafen oder den Leipziger Flughafen an Israel stoppen. Auf dem Camp gab es extra mehrere Veranstaltungen dazu. Und was die als „maoistische Sekte“ herabgewürdigte MLPD angeht, so ist kaum eine linke Organisation so sehr wie diese in der Arbeiterklasse verankert. Weit davon entfernt sektiererisch zu sein, konnten wir Trotzkisten auf ihrer Offenen Liste für den Bundestag kandidieren und gleichzeitig unsere vielen politischen Differenzen mit ihnen genossenschaftlich debattieren, unter anderem wie wir am besten für Palästina kämpfen.

Deutschland steht jetzt vor sozialen Angriffen, die den Kahlschlag der Agenda 2010 weit in den Schatten stellen könnten. Die Arbeiterklasse ist ohnehin schon verbittert

und wütend über fast drei Jahrzehnte sozialer Angriffe, ausgeteilt von Regierungen, oft mit SPD-Beteiligung, und dann durchgewunken und durchgesetzt von Landesregierungen, in denen Die Linke mit saß. Das hat zum Aufstieg der AfD geführt. Die Führung von Die Linke unterstützt im Namen der Brandmauer die Merz-Regierung und das BSW ist Koalitionen mit den Sozialraubparteien eingegangen. Ohne eine linke Opposition, die sich wirklich gegen die Merz-Klingbeil-Regierung stellt, sehen immer mehr Arbeiter fälschlicherweise nur die AfD als Alternative. Wir müssen um jeden Preis damit Schluss machen und endlich den Graben zwischen der zersplitterten marxistischen Linken und der Arbeiterklasse überwinden. Die Brandmauer, für die die Parteiführung von Die Linke steht, bedeutet in Wirklichkeit Einheit mit der deutschen Regierung, die bedingungslos den Völkermord unterstützt und befeuert hat und die Arbeiter hier in den Ruin treibt. Im Interesse der Arbeiter und des Kampfes für ein freies Palästina wollen wir mit den Genossen in der LAG gegen diese Politik vorgehen. Nur wenn wir als die entschiedensten Verteidiger von Arbeiterinteressen auftreten, können wir die Arbeiter davon überzeugen, dass es in ihrem ureigensten Interesse ist, die Palästinenser zu verteidigen und den kapitalistischen Spießgesellen das Handwerk zu legen.■

Irrglaube…

Fortsetzung von Seite 4

stellen. Erstere dominieren seit 1945 die kapitalistische Welt, verfügen über Hunderte von Stützpunkten auf der ganzen Welt und kontrollieren weiterhin alle wichtigen Hebel des imperialistischen Finanzkapitals. Letzteres ist eine starke kapitalistische Militärmacht, die in ihrer unmittelbaren Peripherie entscheidendes Gewicht hat. Erstere unterdrückt Arbeiter auf globaler Ebene, letzteres auf regionaler Ebene.

Bekämpft das US-Imperium, vereinigt die Arbeiterbewegung

Die größte Quelle von Desorientierung und Kapitulation in der revolutionären Bewegung ist es, die USA nicht als Hauptstütze der imperialistischen Weltordnung zu identifizieren. Alle Theorien über interimperialistische Rivalitäten dienen nur dazu, zu verharmlosen und zu leugnen, was jeder mit eigenen Augen sehen kann: Die USA sind der Hauptverursacher von Chaos und Elend in der Welt.

Dies anzuerkennen bedeutet nicht, vulgäres Lagerdenken anzuwenden, das jede Kraft begrüßt, die sich gegen die USA stellt. Nein. Wir müssen uns gerade gegen Leute wie Putin, Chamenei und Xi stellen, weil die Unterdrückung ihres eigenen Volkes und ihre nationalistischen Strategien ***den Kampf*** gegen die globale Tyrannei der USA ***untergraben***.

Die Aufgabe von Kommunisten an diesem kritischen historischen Moment ist klar. ***Wir müssen einen internationalistischen proletarischen Pol aufbauen gegen die Abwärtsspirale, in die der US-Imperialismus die menschliche Zivilisation hineinzerrt.*** Nur von diesem strategischen Ausgangspunkt aus können wir beginnen, die komplexen Knoten regionaler und nationaler Konflikte zu entwirren und die Arbeiterklasse zu vereinen. Nur von diesem Ausgangspunkt aus können wir eine echte, revolutionäre Arbeiterpartei schmieden.■

Arbeiteropposition...

Fortsetzung von Seite 1

wird, die eine zentrale Rolle bei den mörderischen Angriffen auf Iran gespielt hat. Appelle an die Bundesregierung, die US-Basis zu schließen, bringen nichts. Wir müssen die Arbeiter überzeugen, dass es mit der Verteidigung ihrer eigenen Lebensgrundlagen einhergeht, eine Seite mit dem Iran einzunehmen und Aktionen gegen die US-Basis vorzubereiten.

Der immer größer werdende Druck der internationalen Situation, die heranrollende Wirtschaftskrise und eine schwache und verhasste Merz-Regierung: Alles deutet auf einen ***tiefgehenden reaktionären Umbruch*** hin. Auf der einen Seite werden die Kapitalisten, um ihre Interessen zu verteidigen, auch hier immer mehr gezwungen sein, Trump-Methoden anzuwenden. Auf der anderen Seite ist die liberale Politik der letzten Jahrzehnte bei Arbeitern zu Recht verhasst. Die neuesten Angriffe im Gesundheitssektor sind beispielhaft dafür, wie die katastrophale Politik von Merz-Klingbeil der AfD, die von vielen als einzige wirkliche Opposition gesehen wird, immer mehr Auftrieb gibt. Die AfD erzielte letztes Jahr bei der Bundestagswahl etwa 20 Prozent, mittlerweile liegt sie mit über 25 Prozent in Umfragen vorn, gerade unter Arbeitern.

Wie konnte es so weit kommen? Es waren die ***Führer der Arbeiterbewegung in SPD, Linkspartei (LP) und Gewerkschaften***, die alle auf ihre Weise den für die Arbeiter so katastrophalen NATO-Kurs durchgedrückt haben. Ob massive Deindustrialisierung mit dem Verlust von etwa 15 000 Jobs in der Industrie pro Monat (!!), die geplante Einführung der Wehrpflicht und der massive Rüstungsetat mit Milliarden für Waffen an die Ukraine oder die Anti-Russland-Sanktionen: Während die SPD-Führer diese Angriffe oft direkt organisierten, kollaborieren die Linken- und Gewerkschaftsführer mit ihnen und akzeptieren, dass alle Krisen auf die Arbeiter und ihre Kinder abgewälzt werden.

Genau diese Ausverkaufspolitik hat zu einer Niederlage nach der anderen geführt und viele Arbeiter in die Arme der AfD getrieben. Sie hat auch die Kapitalisten zu immer dreisteren Angriffen ermuntert, wie Mitte April, als die Lufthansa-Bosse so mir nichts, dir nichts die ganze Firma CityLine während laufender Streiks (!) zugemacht haben. Dieses Beispiel hat nochmal brutal klargemacht, dass die aktuellen Führer der Gewerkschaften den Bossen dabei helfen, durchzukommen, anstatt die vereinte Kraft der Arbeiter gegen sie zu mobilisieren. So hat die ver.di-Führung bei der neuen Lufthansa-Firma City Airlines einen Tarifvertrag abgeschlossen, während die Kollegen von UFO und Cockpit bei CityLine ausgesperrt wurden, und ist so ihrem Verteidigungskampf direkt in den Rücken gefallen. Trotz gelegentlicher Kritiken stehen die Gewerkschaftsführer hinter dem NATO-Kurs der Regierung. Sie stemmen sich gegen jeden effektiven Kampf für die Arbeiter, da ein solcher ja die Regierung in Schwierigkeiten bringen könnte.

Deshalb: Um auch nur einen Schritt voranzukommen und endlich eine linke Alternative aufzubauen, ist ein Kampf gegen diese Pro-NATO-Führung der Arbeiterbewegung dringend notwendig. Von Wagenknecht bis zu sozialistischen Gruppen haben viele die jetzige Politik von SPD und LP berechtigterweise beklagt – aber sie haben es abgelehnt, den politischen Kampf gegen diese Führer aufzunehmen und für einen alternativen Kurs einzutreten. Das ist aber die entscheidende Aufgabe.

Konfrontiert mit der blutrünstigen Offensive der USA weltweit und den Angriffen und der staatlichen Repression hier, wie gegen Palästina-Aktivisten und zunehmend auch gegen Gewerkschafter, ist der Druck auf Sozialisten groß, den Kopf zu verlieren und von einem Protest zum nächsten zu springen. Ja, wir müssen aktiv an den laufenden Kämpfen teilnehmen und sie voranbringen, wo und wie nur möglich. Dabei müssen wir aber eine längerfristige Strategie im Kopf behalten, die die sozialistische Linke in eine bessere Ausgangslage bringen kann für die kommende schwere, reaktionäre Periode. Um den Kampf für Arbeiterinteressen jetzt aufzunehmen, müssen wir die Opposition gegen Aufrüstung und Deindustrialisierung miteinander verbinden und gemeinsam gegen die jetzige pro-imperialistische Führung innerhalb der Arbeiterbewegung eine ***anti-imperialistische, Anti-NATO-Strömung*** aufbauen.

Kampf für Antiimperialismus und eine proletarische Perspektive in LP & BSW!

Viele Sozialisten und Kämpfer für die Arbeiter gucken auf LP und BSW. Genau hier müssen Revolutionäre ansetzen und für einen Weg vorwärts kämpfen, in direkter Auseinandersetzung gegen die Politik der Führungen in diesen Organisationen, die das Problem verschärfen und uns nicht voranbringen.

Während die riesige Mehrheit der Arbeiter die Linke als liberale arrogante Kleinbürger sieht, die keine Antworten zu bieten haben, tut die Führung der Linkspartei alles dafür, diese Sicht zu bestätigen. Angriffe auf die Renten werden durchgelassen aus Angst, mit der AfD gegen die Regierung zu stimmen; Aufrüstung wird sogar von Linke-Vertretern in der Bremer Regierung unterstützt; und und und. Jetzt, im Kontext der Spritpreis-Explosion, lehnt es die LP-Führung auf Biegen und Brechen ab, die sofortige Abschaffung der Öl- und Gas-Sanktionen gegen Russland und Iran und aller reaktionären Energie- und CO2-Steuern zu fordern! Warum? Weil sie, wie die DGB-Führer, grundsätzlich hinter den reaktionären Zielen der deutschen Imperialisten steht. Sie predigt Solidarität mit der Ukraine und verdeckt dabei, dass die NATO die ukrainische Bevölkerung als Kanonenfutter missbraucht. Die LP-Führung akzeptiert damit auch, dass die Arbeiter für diese angeblich „hehren“ Zwecke – wie Russland in die Knie zu zwingen und das Klima auf Kosten der Arbeiter zu „retten“ – die Zeche zahlen sollen.

Die Perspektive von Reichinnek, Schwerdtner & Co., die AfD zu stoppen, ist die „Brandmauer“ aus allen „Demokraten“ – also ein Block aus genau den Parteien, der die Arbeiter über die letzten Jahrzehnte ruiniert und so viele in die Arme der AfD getrieben haben! Deshalb konzentrieren sie

Freiheit für Ehsan Ali und alle politischen Gefangenen in Pakistan!

Am 4. Juni protestierten Mitglieder der Revolutionären Kommunistischen Partei (RKP/RKI) gemeinsam mit uns Spartakisten/IKL vor der Pakistanischen Botschaft in Berlin. Anlass war der Internationale Aktionstag für die Freilassung von Ehsan Ali und weiterer Führer des Awaami Action Committee Gilgit Baltistan (AAC-GB). Bereits im vorigen Jahr gab es weltweit Proteste gegen die damalige Haft von Ehsan Ali, der im Gefängnis schwer erkrankt war und daraufhin in Lebensgefahr schwebte. Erst aufgrund weltweiter Proteste, an denen sich auch die IKL und die RKI beteiligt hatten, kam Ehsan Ali endlich frei. Jetzt aber im April bei einem Iftar-Dinner wurde Ehsan Ali erneut zusammen mit Nusrat Hussain, Mehboob Wali, Nafees Advocate und Mehar Ali in Haft gesteckt, die Anklage lautet auf „Terrorismus“.

Spartakist

Der Zeitpunkt ist kein Zufall. Durch den vom US-Imperialismus ausgelösten Krieg gegen den Iran, fühlen sich die Herrscher Pakistans ermutigt, weiter und noch unerbittlicher auf die Opposition und alle Werktätigen im Lande einzuschlagen. Der im Februar entfesselte reaktionäre Krieg gegen Afghanistan dient dabei als Vorwand, gegen inländischen und ausländischen „Terrorismus“ vorzugehen, vor allem gegen die Linken. So gab es in der Nacht vom 5. Juni einen Mordanschlag auf einen der zentralen Führer des AAC in Asad Kaschmir, Sardar Umar Nazir. Während er knapp mit seinem Leben davonkam, wurde der AAC-Aktivist Shahzeb Habib ermordet.

Wir Spartakisten forderten bei diesem Protest auch die Freilassung des ehemaligen pakistanischen Premierministers Imran Khan, der einfach auf Diktat der USA ins Gefängnis geworfen wurde. Diese Forderung ist Teil des Kampfes der pakistanischen Massen gegen die imperialistische Unterdrückung ihres Landes und muss unbedingt verbunden werden mit dem Kampf für die Freiheit aller linken politischen Gefangenen wie Ehsan Ali, was beide Kämpfe stärken wird. Dazu ist es wesentlich, die internationale Linke und die Gewerkschaftsbewegung zu mobilisieren, um eine starke vereinte klassenkämpferische Verteidigung aufzubauen.

- *Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!*
- *Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!*
- *Freiheit für Ehsan Ali!*
- *Freiheit für alle politischen Gefangenen!*

sich darauf, in Orten mit großem Kleinbürgertum wie Berlin in die Regierung zu kommen, mit den NATO-Parteien von SPD und Grünen. Dafür muss natürlich jeder Mucks von anti-zionistischen Positionen unterdrückt werden, wie im Landesverband Niedersachsen. Die Aufgabe des linken Flügels ist dagegen klar: Den Kampf aufnehmen, um Antiimperialisten in der Partei zu vereinen mit der Perspektive, die jetzige Führung loszuwerden. Wichtig wäre es zum Beispiel, den Abtritt van Akens auszunutzen und eigene Kandidaten beim Bundesparteitag aufzustellen, die gegen die NATO und für Palästina stehen. So können wir im Kampf vorankommen, die LP von einem linken Anhängsel der Regierung endlich zu einer wirklichen linken Opposition zu machen.

Das BSW wiederum erhebt viele berechtigte Forderungen wie die Wiederaufnahme der Öl- und Gas-Importe aus Russland und einen Stopp der wahnwitzigen Waffenlieferungen an die Ukraine und lehnt auch richtigerweise die „Brandmauer“ ab. Gleichzeitig hat der Eintritt Ende 2024 in Koalitionen mit den „Brandmauer“-NATO-Parteien von CDU und SPD das BSW in den Augen vieler als Opposition wieder komplett erledigt. Auch wenn Wagenknecht jetzt anerkennt, dass Mitregieren ein „Anfängerfehler“ war: Da die Führung des BSW bewusst eine sozialistische Perspektive ablehnt, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, bleibt ihr nur irgendeine Form von Koalition mit den Parteien, die für die ganze Misere verantwortlich sind. Im BSW gibt es Genossen wie in Arbeit und Gewerkschaft BSW (AGBSW), die, was sehr wichtig ist, eine Orientierung auf die Arbeiter haben und die jetzige Linie der BSW-Führung kritisieren. Aber Kritik allein reicht nicht.

Wir brauchen eine grundlegende Wende: Sozialisten müssen in LP & BSW geduldig auf eine politische Spaltung von dem Pro-NATO- und pro-kapitalistischen Kurs der Parteiführungen hinarbeiten, um so den Kampf für eine anti-imperialistische Arbeiteropposition voranzubringen. Als erste konkrete Schritte schlagen wir ***gemeinsame Aktionen*** vor, um alle Kollegen und Genossen in Schule, Betrieb und Gewerkschaft zu verteidigen, die von anti-palästinensischer Repression und Berufsverboten betroffen sind. Lasst uns gemeinsam eintreten für Hüseyin Doğru und seine Familie, der als Journalist durch die anti-russischen EU-Sanktionen massiv verfolgt wird.

Klassenkampf-Opposition aufbauen in den Gewerkschaften!

Die Bosse von VW, Siemens bis Bosch haben allein in den letzten Monaten riesige Angriffe auf die Arbeiter und ihre Lebensbedingungen beschlossen. VW will die Produktion noch weiter runterfahren, was zu Werkschließungen führen wird. Der Kahlschlag wird auf die Spitze getrieben. Jetzt wollen Regierung und Rheinmetall-Bosse zusammen mit der IG-Metall-Führung die Arbeiter für dumm verkaufen und schüren die Hoffnung, dass Rüstungsproduktion

Abonniere Spartakist
https://iclfi.org/pubs/spk/subscribe

IG Metall

Protest gegen die Schließung von Bosch, November 2025

die zehntausenden weggefallenen guten Industriejobs ersetzen werden.

Ja, die massive Aufrüstung wird einige Jobs kreieren; aber solange Deutschland nicht auf Kriegsproduktion umstellt, werden es, wie die Kapitalisten selbst sagen, bei weitem weniger Arbeitsplätze sein, mit viel schlechteren Bedingungen, die durch den jetzigen Ausverkauf vorbereitet werden. Alles, um die Profite der Rüstungskonzerne zu sichern und es der Regierung zu erleichtern, Arbeiterkinder als Kanonenfutter in den Krieg zu schicken. Auch wenn viele durch vollkommen gerechtfertigten Abscheu vor der imperialistischen Mordmaschine von US-Armee und Bundeswehr angetrieben sind, ist es natürlich kleinbürgerlich-illusorisch, sich Rüstungsproduktion einfach wegzuwünschen, wie viele Linke z. B. in der Kampagne Rheinmetall entwaffnen. Unter Arbeitern, die gezwungen sind, in der Rüstungsindustrie zu malochen, ist es sehr wichtig, für gewerkschaftliche Organisierung einzutreten: für bessere Bedingungen für Arbeiter, was wiederum das Potenzial hat, die Kriegsmaschinerie zu schwächen.

Ohne Zweifel gibt es in vielen Betrieben und darüber hinaus in der Industrie viele individuelle Arbeiter und oppositionelle Gruppen in den Gewerkschaften, die kämpfen wollen, auch wenn sie im Moment in einer kleinen Minderheit sind. Die Aufgabe von Revolutionären und den bewusstesten Arbeitern ist es, diese oft vereinzelten Kämpfer und Oppositionen im Kampf über Betriebsgrenzen hinaus zu verbinden und ihnen eine politische Perspektive zu geben, wie man vorankommt, um die Gewerkschaften der Kontrolle der Bürokratie zu entreißen und sie wieder zu Kampforganisationen zu machen.

Ein richtungsweisendes Beispiel war die Unterstützung von Kollegen bei Mercedes-Marienfelde (Berlin), der Autoarbeiter für eine kämpfende IG Metall (AfkI), für den Kampf bei Tesla-Grünheide, um dort die IG Metall zu etablieren. Während der Wahl zum Betriebsrat bei Tesla Anfang März waren Kollegen der AfkI vor den Toren präsent, um Tesla-Arbeiter vom Eintritt in die IG Metall und von der Unterstützung für die IG-Metall-Liste zu überzeugen (siehe Seite 17).

Diese Arbeit voranzubringen heißt insbesondere auch, sich gegen die falschen Antworten in der sozialistischen Linken zu stellen. Auf der einen Seite gibt es Organisationen wie die SGP, die oft korrekt den Verrat der Gewerkschaftsoberen benennen, aber dann so weit gehen, den Aufbau von Gewerkschaften an sich abzulehnen: eine durch und durch reaktionäre Schlussfolgerung, die nur den Konzernbossen von VW, Siemens und Elon Musk hilft. Auf der anderen Seite gibt es die Genossen der MLPD, die richtigerweise am Aufbau der IG Metall arbeiten wollen, die sich aber dagegenstellen, als Teil davon eine Opposition gegen die Gewerkschaftsführer zu schmieden.

Die Kollegen der AfkI haben klargemacht, dass der Kampf, die Gewerkschaft zu stärken und in Betrieben wie bei Tesla zu verankern, auch gleichzeitig ein Kampf innerhalb der Gewerkschaften für einen neuen Kurs im Interesse der Arbeiter bedeutet. Es waren ja gerade diese Gewerkschaftsführer des Typs Fahimi, Werneke und Benner – überzeugte Unterstützer der NATO –, die über Jahrzehnte hinweg den Niedergang von IG Metall, IGBCE und ver.di direkt mit verantwortet haben! Ob massive Verlagerungen seit den 1990ern, Angriffe während der Pandemie oder Lohneinbußen durch Inflation: Immer wieder haben diese Gewerkschaftsführer gezeigt, dass sie eher tot umfallen würden, als einen wirklichen Kampf im Interesse der Belegschaften zu entfesseln und mit den Kapitalisten in Konfrontation zu kommen.

Die Lage ist schwer: Immer mehr Arbeiter wenden sich von den Gewerkschaften ab und die Vereinzelung nimmt zu. Das wiederum erhöht den Druck enorm auf die fortgeschrittensten Arbeiter. Als Kommunisten und kämpferische Arbeiter dürfen wir uns nichts vormachen: Wir stehen vor großen Angriffen und haben im Moment kaum Einfluss auf die Massen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns als die bewusstesten Kämpfer mit kühlem Kopf positionieren. Die Richtschnur muss sein: in jedem Konflikt eine Perspektive vorzugeben, wie wir die Arbeiter in ihrem Interesse gegen die Kapitalisten vereinen können, gegen die Linie der Arbeiterführer, die Regierung und NATO unterstützen. Mit dieser Perspektive können Revolutionäre eine wichtige Rolle in den kommenden Kämpfen spielen, um den größtmöglichen Widerstand zu leisten und die Interessen der Arbeiter zu verteidigen. ■

Kontaktadressen

Berlin
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg
SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
E-Mail: spartakisthh@posteo.de
Telefon: (0 40) 32 36 44

spartakist@online.de
@spartakist_IKL
@spartakist_IKL
0174 466 5332
iclfi.org

LGBTQ+-Bewegung…

Fortsetzung von Seite 28

später auch zur Verfolgung von Linken genutzt, sowohl unter den Nazis als auch nach 1945. Im Jahr 2001 wurden gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften gesetzlich anerkannt, und 2017 wurde gleichgeschlechtlichen Paaren offiziell das Recht auf Eheschließung gewährt. Die reaktionären Bestimmungen des Transsexuellen-Gesetzes, das seit 1981 in Kraft war und für die Änderung des Geschlechts und des Namens zahlreiche demütigende Nachweise und medizinische Gutachten vorschrieb, wurden schrittweise gelockert und schließlich durch das Selbstbestimmungsgesetz ersetzt.

Das reformierte, demokratische Image, das die Machthaber vermittelten, diente dem Zweck, die Globalisierung voranzutreiben. Verbündet mit den USA und in deren Windschatten (geschützt durch das weltweit stationierte US-Militär) eroberte das deutsche Kapital neue Märkte, beispielsweise in Osteuropa. Diese wirtschaftlichen Offensiven im Ausland gingen Hand in Hand mit räuberischen Praktiken im Inland. Errungenschaften der Arbeiter gerieten massiv unter Beschuss. Gleichzeitig wurde fast jedes Rathaus mit Regenbogenfahnen herausgeputzt. Die LGBTQ+-Bewegung wurde zum Aushängeschild für die liberalen Werte gemacht, die die EU durchsetzen würde. Wer die imperialistische Unterdrückung schwächerer Länder wie Ungarn oder die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Outsourcing und Leiharbeit kritisierte, wurde als rassistisch, transphob oder queerfeindlich gebrandmarkt, insbesondere von Sozialdemokraten aller Couleur. Diese liberale Propaganda trug dazu bei, den Weg für die Gründung der AfD zu ebnen und ihr rasantes Wachstum zu ermöglichen.

Nun, da Kapitalisten weltweit ihren liberalen Kurs aufgeben und ihre Verbindungen zur LGBTQ+-Bewegung rasch abbrechen, werden die katastrophalen Folgen deutlich. Die LGBTQ+-Bewegung ist isoliert, unter Beschuss, und insbesondere Transmenschen werden zu Schuldigen für das kapitalistische Elend gemacht. Dies hilft der herrschenden Klasse, ihren reaktionären Kurswechsel à la Trump durchzusetzen und die AfD zu stärken.

Die „Brandmauer“ gefährdet LGBTQ+-Personen

Als Reaktion auf die gewalttätigen Angriffe auf Pride-Paraden und LGBTQ+-Personen reichte Die Linke im vergangenen Herbst einen Antrag im Bundestag ein, in dem sie Bundeskanzler Merz an seine edlen Versprechen erinnerte, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um ein sicheres Leben für queere Menschen in Deutschland zu gewährleisten. Unterdessen versucht Maik Brückner, Sprecher der Linkspartei für Queer-Politik und Mitglied des Bundestages, den Aktionsplan „Queer leben“ zu retten, indem er die zuständige CDU-Ministerin anfleht, dem Kurs der „Fortschritts-Koalition“ aus SPD, FDP und Grünen zu folgen, die von 2021 bis 2025 regierte. Dies zeigt, wie die Linkspartei, voller selbstmörderischer Illusionen, darauf setzt, dass die Regierung LGBTQ+-Menschen verteidigt – genau jene Kraft, die Angriffe auf queere Einrichtungen, die Gesundheitsversorgung und die rechtliche Gleichstellung anstrebt und durchsetzen wird.

Dahinter steht das Programm der Linkspartei-Führung

Unterschätzt nicht…

Fortsetzung von Seite 10

diese Spaltungen zu durchschneiden und die Völker Westasiens in einem gemeinsamen Kampf gegen die ausländischen Unterdrücker zu vereinen, gibt es keine Aussicht darauf, den Imperialismus aus der Region zu vertreiben, die weiterhin in einen höllischen Kreislauf von Kriegen hineingezogen werden wird.

Eine antiimperialistische Strategie

Wie sieht eine antiimperialistische Strategie im aktuellen Krieg aus? Sie muss mit einer klaren Haltung zur Verteidigung des Iran beginnen. ***Einheit gegen den Imperialismus ist die Voraussetzung für jedes fortschrittliche Ergebnis***.

Dies bedeutet nicht, die Herrscher der Islamischen Republik zu unterstützen. Ausgehend vom Standpunkt der Verteidigung des Landes muss aufgezeigt werden, wie die Strategie und Politik der IRGC diesen Kampf untergraben.

- Der religiös-diktatorische Charakter des Regimes, nicht zuletzt der Schleierzwang und andere frauenfeindliche Maßnahmen, entfremdet weite Teile der Bevölkerung.
- Die Unterdrückung nationaler Minderheiten schafft potenzielle Rekruten für die Imperialisten und Zionisten – es wäre besser, ihnen Selbstbestimmung zu gewähren und ein starkes Bündnis auf brüderlicher Basis aufzubauen.
- Die korrupte Elite untergräbt die wirtschaftliche Entwicklung und die Widerstandsfähigkeit des Iran.

Wir müssen zeigen, dass ***der Iran,*** wenn es darum geht, imperialistische Aggressionen abzuwehren und das Land zu entwickeln, ***ein anderes Regime braucht – eines, das sich auf die Macht der Arbeiterklasse und der unterdrückten Massen stützt.***

Angesichts der tiefen konfessionellen Spaltungen im Iran und in der gesamten Region kann Religion nicht die Grundlage für Einheit sein. Ebenso wenig wie ein bürokratisch auferlegter Säkularismus. ***Nur durch die Gewährleistung der religiösen und nationalen Rechte jeder Minderheit können wir beginnen, die tiefsitzende Feindseligkeit zu überwinden.*** Letztendlich werden wir all diese verschiedenen Gruppen erst in einem gemeinsamen Kampf gegen ausländische Aggression zusammenführen können.

Allgemein in der muslimischen Welt und im Globalen Süden dürfen wir kein Vertrauen darauf setzen, dass die derzeitigen Führer in ihrer Opposition gegen die USA konsequent sein werden. Die meisten haben ein direktes Interesse daran, den Status quo aufrechtzuerhalten. Bei jedem Schritt zögern sie und geben nach. ***Wir müssen an die Massen des Globalen Südens appellieren, sich der unterwürfigen Politik ihrer Regierungen zu widersetzen.***

In Israel ebenso wie in den USA und anderen imperialistischen Ländern, den Bastionen der weltweiten Reaktion, müssen wir dafür kämpfen, die Gesellschaft entlang von Klassenlinien zu polarisieren. Den „demokratischeren“ Flügeln der herrschenden Klasse darf keinerlei Vertrauen geschenkt werden. ***Um die Arbeiterklasse des „kollektiven Westens“ für uns zu gewinnen, müssen wir zeigen, wie die katastrophale Außenpolitik der Eliten im eigenen Land nur Chaos und Elend schafft.*** Die Arbeiterklasse hat nicht das geringste Interesse daran, von ihren Herrschern in eine Spirale globaler Zerstörung hineingezerrt zu werden.

Wenn uns klar ist, dass dies der Weg ist, auf den die Menschheit zusteuert, sollte auch klar sein, dass halbherzige Maßnahmen und fromme Wünsche, das Imperium möge von innen heraus zerfallen, nichts taugen. Wir haben keine Zeit zu verlieren, die konsequentesten und entschlossensten Elemente der antiimperialistischen Bewegung um eine klare Konzeption und Strategie herum umzugruppieren. ■

zur Verteidigung der liberalen Ordnung. Sie schwelgen in den „guten alten Zeiten“, als Angela Merkel die CDU nach links rückte. Die Bedingungen, unter denen Reformen für die LGBTQ+-Bewegung möglich waren, sind jedoch unwiederbringlich vorbei. Unter dem Druck des US-Imperialismus, der Trump braucht, um seine Vorherrschaft über die Welt aufrechtzuerhalten, zerstören die deutschen Kapitalisten ihre eigene Wirtschaft (insbesondere durch Sanktionen gegen Russland) und treiben massive Austeritätsmaßnahmen voran, um die Militarisierung zu finanzieren. Deutschland, ein wirtschaftlich und militärisch schwächerer Juniorpartner, kann das Bündnis mit den USA nicht beenden.

Die Vorstellung, die Regierung könnte sich wieder für die LGBTQ+-Bewegung einsetzen, ist eng mit der verhängnisvollen „Brandmauer“-Politik verbunden. Die Linkspartei behauptet, ein gemeinsames Vorgehen aller anderen politischen Parteien gegen die Rechte sei notwendig, um die AfD zu stoppen. Um die Zeit der Bundestagswahlen im Winter 2025 gingen Hunderttausende mit Lichterketten und Regenbogenfahnen für die Demokratie auf die Straße, um zu zeigen, dass jede Partei wählbar sei – außer natürlich die AfD. Diese Demonstrationen konnten die AfD jedoch nicht aufhalten, da sie genau jene Parteien anpriesen – wie die SPD, die Linkspartei, die Grünen und die CDU –, die in erster Linie für die Misere des Landes verantwortlich sind. Vor allem Arbeiter fühlen sich zu Recht von ihren traditionellen Parteien, der SPD und der Linkspartei, betrogen, da diese Parteien seit Jahrzehnten Angriffe auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen unterstützt und vorangetrieben haben. Rund 38 % der Arbeiter und Arbeiterinnen stimmten bei den Bundestagswahlen für die AfD (im Gegensatz dazu erhielt die Linkspartei nur 8 % der Stimmen aus der Arbeiterklasse).

Derzeit macht die Linkspartei bei fast jedem schmutzigen Trick der Regierung mit (Rentenreform, Richterernennungen, Waffenlieferungen an die Ukraine …) und rechtfertigt dies damit, alles sei besser, als wenn die AfD an die Macht käme. Viele LGBTQ+-Personen stimmen diesem Argument zunächst aus berechtigter Sorge vor einer möglichen AfD-Regierung zu. Das offensichtliche Problem ist jedoch, dass die politische Einheit der Linkspartei mit der Regierung nichts dazu beiträgt, die AfD zu stoppen. Ganz im Gegenteil. Die AfD kann sich so weiterhin als einzige Opposition gegen den verhassten Status quo und gegen die Regierung präsentieren und so eine große Zahl neuer Anhänger gewinnen, insbesondere unter den Arbeitern. Die „Brandmauer“-Politik ebnet somit den Weg für eine AfD-Regierung.

Innerhalb der Linken muss die LGBTQ+-Bewegung für einen neuen Kurs kämpfen, der der „Brandmauer“-Politik ein Ende setzt, Illusionen in die alte liberale Ordnung zerstört und einen revolutionären Weg einschlägt.

Wir können uns nur im Bündnis mit der Arbeiterbewegung verteidigen

Was tatsächlich nötig ist, ist ein breiter Verteidigungskampf ***gegen*** die Regierung und den Status quo. Nicht nur die LGBTQ+-Bewegung wurde zur Zielscheibe gemacht, sondern auch andere Minderheiten, Frauen und die Arbeiterklasse. Die LGBTQ+-Bewegung allein hat nicht die Kraft, der reaktionären kapitalistischen Offensive die Stirn zu bieten, und braucht daher die Arbeiterbewegung an ihrer Seite. Die Arbeiterklasse ist die einzige Kraft, die die Kapitalisten dort treffen kann, wo es wehtut – bei ihren Profiten –, insbesondere durch wirksame Streiks, die sie zum Einlenken zwingen können.

Doch wie kann die LGBTQ+-Bewegung Arbeiterinnen und Arbeiter erreichen, einschließlich derer, die bereits die AfD unterstützen? Der bisherige Ansatz der Linken wird nicht funktionieren. Es hilft nicht, den Arbeitern woke Ideen aufzuzwingen oder sie gar zu beschimpfen, wenn sie anders denken oder keine geschlechtsneutrale Sprache verwenden. Arbeiter müssen ***nicht*** aufgeklärte Liberale werden, um die Notwendigkeit zu erkennen, die LGBTQ+-Bewegung zu verteidigen. Es liegt im eigenen Klasseninteresse der Arbeiter, die materiellen Lebensbedingungen und Rechte von LGBTQ+-Personen zu schützen. Genau das muss betont werden, um Arbeiter und Arbeiterinnen für sich zu gewinnen. Wenn die Kapitalisten mit Angriffen auf unterdrückte Minderheiten wie Transpersonen davonkommen, wird es ihnen viel leichter fallen, die Arbeits- und Lebensbedingungen aller weiter zu verschlechtern. Die Arbeiter- und die LGBTQ+-Bewegung werden entweder getrennt besiegt oder gemeinsam vorwärts gehen.

So ist beispielsweise die Verteidigung des Selbstbestimmungsgesetzes für die Arbeiterbewegung wichtig, um ihre eigenen demokratischen Rechte zu bewahren, die ebenfalls angegriffen werden. Im öffentlichen Dienst wurden in den letzten Jahren Berufsverbote gegen Arbeiter wegen „extremistischer“ Ansichten verhängt. Das richtet sich insbesondere gegen linke, muslimische und pro-palästinensische Arbeiter und schwächt die Arbeiterbewegung insgesamt. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter haben ein Interesse daran, sich dem zu widersetzen. Es geht die Bosse nichts an, welche politischen oder religiösen Überzeugungen ein Arbeiter hat. Ebenso sollten alle Arbeiter Bestimmungen verteidigen, die Transpersonen davor schützen, selbst nach einer Geschlechtsangleichung ihren Geburtsnamen und ihr Geschlecht gegenüber den Bossen offenlegen zu müssen, was sie Angriffen oder ungewollten Outings am Arbeitsplatz aussetzen würde.

Die Tatsache, dass Transmenschen jetzt von der Rechten zu Sündenböcken gemacht werden, dient einzig und allein der herrschenden Klasse. Sie ist es, die davon profitiert, wenn verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden und konservative Familienwerte wieder in Mode kommen. Auf diese Weise treiben sie ihre reaktionäre Agenda voran. Um eine breite Einheit gegen die

Hammerschmidt/picture alliance

Cottbus, 2025. Faschisten marschieren gegen CSD-Parade

Lohnes/Getty

Frankfurt am Main, 2025: Flughafen-Arbeiter im Streik

Kapitalisten und ihre Regierung aufzubauen, braucht die Arbeiterbewegung die am stärksten unterdrückten Schichten der Gesellschaft auf ihrer Seite, einschließlich queere und Transmenschen.

Jeder weiß, dass wir Lichtjahre von dieser notwendigen Einheit entfernt sind. Das Problem ist, dass die Führung der Linkspartei (ebenso wie die Gewerkschaftsführungen) nicht nur die „Brandmauer“ unterstützt, sondern auch grundsätzlich den Pro-NATO-Kurs der Regierung, was sich konkret in ihrer Solidarität mit der Ukraine und ihrer Unterstützung für Sanktionen gegen Russland äußert, die direkt zu weiterem Elend führen. Deshalb will die Führung der Linkspartei keine politische Unruhe innerhalb der Gewerkschaften gegen die SPD schüren, die nach wie vor die Spitzenpositionen in den Gewerkschaften innehat und die Regierung stabilisieren will, in der sie selbst vertreten ist. Deshalb wurden auch alle Streiks der letzten Jahre verraten, und die Folgen der vielfältigen Krisen wurden von der Bevölkerung getragen. Und so macht sich die Linkspartei bei den Arbeitern, die sich weiterhin der AfD zuwenden, noch unbeliebter. Der einzige Weg für die LGBTQ+-Aktivisten der Linkspartei, aus dem liberalen Schema auszubrechen und Arbeiter für sich zu gewinnen, besteht darin, für eine militante Führung zu kämpfen, die sich gegen die NATO und den deutschen Imperialismus stellt.

Kämpft für eine neue Führung der Linkspartei!

Die derzeitige Führung um Heidi Reichinnek, Jan van Aken und Ines Schwerdtner hüllt sich in die Farben der queeren Befreiung, verrät diese aber durch ihre „Brandmauer“-Politik und ihre Verteidigung der zerbröckelnden liberalen Ordnung. Ihr Verrat an der Palästina-Bewegung trägt zudem absolut nichts dazu bei, Muslime als Verbündete zu gewinnen. Wir brauchen eine echte Oppositionspartei, die für Arbeiter und Unterdrückte attraktiv ist und die LGBTQ+-Bewegung wirklich verteidigt.

Der linke Flügel der Linkspartei, der sich konsequent gegen Militarisierung, Wiederaufrüstung und NATO wendet, ist bislang vor dem Kampf um die Führung zurückgeschreckt und versucht, den rechten Flügel und die Parteiführung durch hitzige Debatten zu überzeugen. Wir können und müssen einzelne Mitglieder für unsere Seite gewinnen, insbesondere LGBTQ+-Mitglieder, die nach einem echten Ausweg suchen. Doch die Führung der Linkspartei hat sich in der Praxis dafür entschieden, die Interessen des deutschen Imperialismus zu verteidigen. Dies zeigt sich einmal mehr daran, dass sie sich weigert, den Iran gegen die Imperialisten zu verteidigen. Leute wie Schwerdtner, van Aken und Reichinnek haben in einer Partei, die sich links nennt, nichts zu suchen.

Hierin besteht Übereinstimmung mit einigen Jugendorganisationen der Linkspartei sowie mit revolutionären Linken wie der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol, Teil des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale), der Gruppe ArbeiterInnenmacht und der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO, angeschlossen an die Strömung „Permanente Revolution“), die wie wir innerhalb der Linkspartei aktiv sind und für die Befreiung von LGBTQ+ kämpfen. Alle Revolutionäre müssen sich nun im linken Flügel zu einer starken Strömung zusammenschließen und den Kampf für einen Kurswechsel koordinieren. Pride-Rebellion (angeschlossen an die sozialistische Gruppe Young Struggle), eine weitere bedeutende revolutionäre Gruppe, die für die LGBTQ+-Befreiung kämpft und außerhalb der Linkspartei steht, muss sich ebenfalls dem Kampf anschließen. Diese Gruppen vertreten jedoch in vielen Punkten nach wie vor ein liberales Programm (wie die Unterstützung der „Brandmauer“-Politik oder Forderungen nach „offenen Grenzen“). Dies ***untergräbt*** den Kampf gegen die Einheit mit dem rechten Flügel und der proimperialistischen Führung der Partei. Wir können nur vorankommen, wenn wir die Ketten sprengen, die uns über die Führung der Linkspartei an die Regierung und damit an die Kapitalisten binden. Nur so können wir LGBTQ+ wirklich verteidigen und die revolutionäre Partei aufbauen, die nötig ist, um alle Unterdrückten zu befreien.■

SPARTAKIST

Warum die Linkspartei die LGBTQ+-Bewegung verrät

Imago/Phototek; Imago/Future Image

Der nachfolgende leicht editierte Artikel erschien zuerst in Women & Revolution *Nr. 47 vom April 2026, Zeitung der Internationalen Kommunistischen Liga*.

Die LGBTQ+-Bewegung in Deutschland wird zunehmend isoliert und von allen Seiten angegriffen. Insbesondere Transpersonen sind davon betroffen. Das Selbstbestimmungsgesetz, das erst im November 2024 verabschiedet

von Nadja Dostal

wurde und es Einzelpersonen ermöglicht, ihr Geschlecht und ihren Vornamen durch eine Erklärung auf einem Standesamt zu ändern, wird nun von der Koalitionsregierung aus Christdemokraten (CDU) und Sozialdemokraten (SPD) angegriffen. Unterdessen wurde der nationale Aktionsplan „Queer leben“, der die Rechte von LGBTQ+-Personen stärken und Diskriminierung bekämpfen sollte, stillschweigend für beendet erklärt. Fast die Hälfte der CSD-Paraden wurde im vergangenen Jahr von rechten Schlägern angegriffen, und queere Personen sind auf der Straße nicht vor Gewalt sicher. Es ist für alle offensichtlich, dass eine künftige Regierung der rechtsextremen Alternative für Deutschland (AfD) die begrenzten Errungenschaften, die queere und Transgender-Menschen erreicht haben, ***vollständig*** rückgängig machen wird.

Um sich zu verteidigen, schaut die LGBTQ+-Bewegung in erster Linie auf die Partei Die Linke. Die Linkspartei wird von vielen als die Kraft angesehen, die den Rechtsruck in der Gesellschaft und den Aufstieg der AfD aufhalten kann, was zur Verdoppelung ihrer Mitgliederzahl im vergangenen Jahr auf über 110000 geführt hat. Das Problem ist jedoch, dass Die Linke die notwendige Verteidigung von LGBTQ+-Personen mit der Verteidigung der liberalen politischen Ordnung gleichsetzt. Sie verbreitet weiterhin die

Berlin, Mai 2025: Linkspartei-Führer gratulieren Merz zur Kanzler-Wahl. Juni 2025: Abgeordnete von Grünen und Linken in Regenbogenfarben bei Debatte über queerfeindliche Hasskriminalität

Illusion, dass der Liberalismus erhalten werden kann und dies im Interesse der LGBTQ+-Bewegung liege. Damit klammert sich die Linkspartei an eine selbstmörderische Politik, die Transpersonen zu Sündenböcken für die aktuelle Krise macht und die AfD stärkt. Die Unterstützung der Linkspartei für die „Brandmauer“-Strategie – ein Aufruf an die deutschen Mainstream-Parteien, sich gegen die extreme Rechte zu verbünden – ist ein fataler Ausdruck ihrer Anpassung an die untergehende Ordnung. Das muss ein Ende haben. Die Linkspartei braucht einen radikalen Kurswechsel, für den die LGBTQ+-Bewegung ***jetzt*** kämpfen muss.

Wie die LGBTQ+-Bewegung an kapitalistische Interessen gekettet wurde

In den letzten 30 Jahren gab es schrittweise, begrenzte Reformen zugunsten von queeren und Transmenschen. Warum war die herrschende Klasse bereit, diese Zugeständnisse zu machen? Ausschlaggebend war ihr ideologischer Wandel nach den Konterrevolutionen in der Sowjetunion, im Ostblock und in Ostdeutschland. Die deutsche Bourgeoisie brauchte den Antikommunismus nicht mehr und strebte nun danach, Deutschland als die beste Demokratie der Welt darzustellen – eine Demokratie, die aus dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg gelernt habe. Dies hatte einige positive Auswirkungen für die LGBTQ+-Bewegung: 1994 wurde § 175 aufgehoben. Dieses aus dem 19. Jahrhundert stammende Gesetz verbot Sex zwischen Männern und wurde

Fortgesetzt auf Seite 25